

Bezugspreis: Vierteljahr 1,50 M., monatlich 50 Pf., ...

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 14. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Noske über Berlin.

Nationalversammlung zu Weimar

27. Sitzung, Donnerstag, 13. März, vormittags 10 Uhr. Am Regierungstische: Noske, Landeberg, Schiffer, Wissel, Schmidt, Goebel, Dr. Dabitz u. a.

Die Berliner Vorgänge sind im ganzen Reich mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt worden. Ich benutze die erste Gelegenheit, vor der Vertretung des deutschen Volkes Bericht zu erstatten.

Die Berliner Vorgänge sind im ganzen Reich mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt worden. Ich benutze die erste Gelegenheit, vor der Vertretung des deutschen Volkes Bericht zu erstatten.

Die Berliner Vorgänge sind im ganzen Reich mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt worden. Ich benutze die erste Gelegenheit, vor der Vertretung des deutschen Volkes Bericht zu erstatten.

Das „Nichtseins-Gesindel“, am mit dem „Mittelungsblatt“ zu reden, diese „Opium der Revolution“ haben mit ihrem Treiben begonnen, ehe der Belagerungszustand verhängt war.

Schon am Dienstag gekommen; schon am Dienstag nachmittags hat es dort eine Reihe von Toten gegeben. Am Mittwoch verschlimmerte sich die Lage beträchtlich; die Zahl der Verwundeten, auch Zivilisten, am Alexanderplatz nahm von Stunde zu Stunde zu.

in Aussicht sehe. (Hört, hört!) Nachts um 4 Uhr wurde mir mitgeteilt, daß die Verhandlungen gegenstandslos geworden seien.

abgegeben wurden. Bei der Ueberführung der Marineteilung aus dem Kasernplatz war vereinbart worden, daß unter keinen Umständen mehr Waffen ihr verbleiben dürften, als zu ihrer Ausrüstung erforderlich waren.

schon aufgerollt haben. (Große Bewegung; Abg. Frau Biey ruft: Amokläufer! Anderer Ruf bei den U. S.: Noske vor allen Dingen!)

Die Annahme des Kohlenbewirtschaftungsgesetzes.

Ein Schritt zum praktischen Sozialismus.

Das Sozialisierungsgesetz ist angenommen. Damit ist der Grundstein zum Aufbau des sozialistischen Staates gelegt.

Das Sozialisierungsgesetz ist angenommen. Damit ist der Grundstein zum Aufbau des sozialistischen Staates gelegt. Das Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft schafft einen Teil des Bildes, für das im Sozialisierungsgesetz der Rahmen gespannt ist.

Die Organisation der Kohlenbewirtschaftung entspricht — abgesehen von der Demokratisierung des Syndikatsbetriebes — im Wesentlichen der des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats.

Bei der vielfach auftretenden Sucht, die langsame stetige Durchsetzung des Sozialismus im Staate als Konzeption an den Kapitalismus darzustellen, mögen einige Zahlen beleuchten, wie tief die Sozialisierung des Kohlenbergbaues in unser gesamtes Wirtschaftsleben eingreift.

Wir verkennen dabei keineswegs, daß mit der Gemeinbewirtschaftung der Kohle die Verantwortung des privaten Kapitals für die Förderung auf die Gemeinshaft übergegangen ist.

Dieser Verantwortung sollte sich ein jeder Arbeiter, der am sozialistischen Staat mitwirken will, voll und ganz bewusst sein. Ein Versagen desjenigen Gewerbezweiges, der zuerst der Gemeinbewirtschaftung übergeben wurde, würde die Spitze gegen den Sozialismus selbst richten. Und mancher, der heute noch den Kämpfen langer Jahrzehnte die Entwicklungsbahn für den sozialistischen Gedanken endlich frei vor sich sieht, würde in kurzem sich von ihm abwenden, wenn der Erfolg ausbleibt.

Und wir stehen erst am Anfang! Die Richtlinien, unter denen die Gemeinwirtschaft der Kohle in die Wege geleitet werden soll, sind noch nicht so fest umrissen, daß man heute schon prophezeien kann, wann der privatkapitalistische Apparat in dem Gemeinbetrieb restlos aufgehen wird. Die erste Arbeit des Reichskohlenamtes wird die Feststellung eines Produktions- und Verteilungsprogramms sein. Dabei den Kohlenhandel ganz zu übergeben, ist nicht beabsichtigt. Er wird sich aber auf den gemeinwirtschaftlichen Betrieb einrichten müssen. Wenn die Förderungs- und Verteilungsfrage geregelt ist, ergeben sich die Arbeitsziele, die den volkswirtschaftlichen Nutzen der Sozialisierung zu ihrer vollen Geltung bringen sollen. Die erste Forderung ist hier: Verbilligung der Produktion. Sie muß durchgeführt werden ohne die Existenzbedingungen der Arbeiter herabzumindern. Aber wir brauchen billige Kohle sowohl für das Ausland als Gegenleistung für die zu liefernden Lebensmittel wie auch für die Inlandindustrie, der nach dem Ruin der Kriegsjahre überhaupt erst zum Wiederaufbau verholfen werden soll. All diese Fragen, die in der Theorie uns lange genug beschäftigt haben, treten jetzt als praktische Forderungen vor uns hin in einer Zeit tiefster wirtschaftlicher Not des ganzen Reiches.

Aber wir werden sie lösen trotz der Wischmachei derjenigen Diener des Kapitals, die es jetzt schon anständigen, daß sie im Ausland lieber „freie Menschen“ als in Deutschland tätige Mitarbeiter am Gemeinwohl sein wollten. Wir sind so zuversichtlich, zu glauben, daß die Arbeiterschaft an der Schwelle des Erfolges, den sie lange Jahrzehnte herbeigesehnt hat, nicht verlagen wird. Denn es geht um das Ganze. Kein Mensch kann heute schon sagen, daß der Kapitalismus gebrochen ist. Die Haltung der Börse, die immer noch die Aktien der Montanwerke hoch über dem Parikurs bewertet, die Umtriebe des Großkapitals, das seine Gewinne verstaubt oder verteilt, um sie der Gemeinschaft zu entziehen, all das läßt darauf schließen, daß es noch sehr viele gibt, die bei der Sozialisierung ein gutes Geschäft auf Kosten der Gesellschaft zu machen hoffen. Ihnen gilt es jetzt in jeder, unanhaltender Arbeit die Waffen zu entwenden. Die Lebensfähigkeit der Gemeinwirtschaft zu beweisen, die zwingende Macht der Gemeinwirtschaftsinteressen gegen alle Sonderinteressen durchzusetzen, das sind die nächsten Aufgaben.

Die Bahn ist frei — wenn es keine Genossen gibt, die unserer ferneren Arbeit in den Rücken fallen. Das muß jeden Befonnenen anspornen, auch weiter an dem Werke mit der Sachlichkeit mitzuarbeiten, die sein Gedächtnis verbürgt. Die Gemeinbewirtschaftung des Reichs steht bevor, die Frage einer Sozialisierung der Schwerindustrie, dieser Riesenbruststätte des industriellen Kapitalismus, ist um einen Schritt näher gerückt.

Damit ist der Weg praktischer Arbeit für den Sozialismus beschritten. Sie zu leisten ist freilich etwas schwerer als radikale Phrasen dreschen, mit denen man, nach Haases Wort, überhaupt keine Politik machen, geschweige denn eine in vielsundertjährigem Wachstum gewordene Wirtschaftsordnung über Nacht in eine ganz andere verwandeln kann. Die Reorganisation der Volkswirtschaft ist auch in ihrem schrittweisen Fortschreiten ein Werk von wahrhaft revolutionärer Tragweite. Sein Gelingen erfordert die tatkräftige Mitarbeit der Massen, die sich durch nichts von ihren großen Zielen ablenken lassen mögen. Mit leerer Worterhöhung aber schafft man keine neue Welt!

# Nationalversammlung zu Weimar

Reichswehrminister Rodde (fortfahrend):

Hast eine ganze Woche lang habe ich verhandelt, um mit der Gewalt zu zögern. Es wurde behauptet, der Bürgermeister von Lichtenberg habe an mich geschrieben und mich ersucht, die Truppen aus Lichtenberg abzurufen oder nicht einmarschieren zu lassen. Das ist unwohr. (Lacht, lacht.) Der Bürgermeister von Lichtenberg hat nicht an mich geschrieben. Zu mir gekommen sind drei Mitglieder des Berliner Volksgenossenschafts und drei Mitglieder der Streitkräfte von Lichtenberg. Es wurde beraten, wie dem Blutvergießen Einhalt getan werden könnte. Das ist selbstverständlich, daß ich mit peinlichster Gewissenhaftigkeit mit dieser Deputation überlegt habe, wie das weitere Feuer verhalten werden könnte. Aber ich mühte danach, wenn Vereinbarungen über die Einstellung des Schießens getroffen werden könnten, was auf der Gegenseite an Autorität vorhanden war, wenn ich die Einstellung des Feuers befehl. Ich habe deshalb geantwortet, daß mir der Oberbürgermeister von Lichtenberg über eine andere prominente Persönlichkeit mittels, welche Vorbereitungen und Maßnahmen in Lichtenberg zur Verfügung ständen, um durchzuführen, daß von dort nicht geschossen werde. Darauf hat mir der Bürgermeister telephonisch erklärt, daß er keinelei Maßnahmen zur Verfügung hätte. Am andern Tage hat mir der Bürgermeister mitgeteilt, er habe mit Vertretern der Arbeiter und der Schießenden zusammengekommen; ihm sei vorgeschlagen worden: Straffreiheit für alle Leute, die an den Lichtenberger Vorgängen beteiligt waren (Bewegung und Ruhe rechts), Bildung einer Sicherheitswehr, in der auch die Spartakisten sein sollten (Lachen). Verfassung einer solchen Sicherheitswehr mit den Waffen, die in Lichtenberg abgegeben wurden. Ich habe natürlich geantwortet, auf ein solches Abkommen nicht eingehen zu können. Doch Lichtenberg hat kampflös von unseren Truppen befreit ist, dazu hat beträchtlich beigetragen der Erlaß, den ich gestern abends in Weimar am 1. März abends gezeichnet habe:

„Ihre Verlen, die mit den Waffen in der Hand gegen die Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschließen.“

In höchster Not habe ich mich zu dieser Anordnung entschlossen, aber ich dürfte die Abhaltung von einzelnen Soldaten nicht weiter dauern lassen. Ich mühte dieser Beschallung Einhalt tun durch die Androhung der äußersten Schwerestrafe. (Sehr richtig.) Hätte ich das nicht getan und dadurch eine Kontrolle geschaffen, daß erst die Offiziere zusammentreten sollten, um darüber zu entscheiden, ob eine Erschießung stattfinden sollte, dann wären die Truppen nicht mehr in der Hand zu halten, das hätte noch mehr Blut gefloßen als so. Im Organ des Berliner Volksgenossenschafts schrieb am Dienstag vor acht Tagen der Unabhängige Däumling: „Unsere russischen Genossen haben in ihren revolutionären Kämpfen kurzen Prozeß mit den Vandalen und sonstigen unläutereren Elementen gemacht.“ (Abg. Haase (l. S.): Sehr richtig.) Ich habe den Versuch gemacht, acht Tage in Verfu mit dem Belagerungszustand und den Kriegsgerichten auszukommen. (Unruhe bei den l. S.) Was aber

## das Recht der Revolution in Rußland

war, das werde ich mir als Recht der Revolution nicht breiig machen lassen, wenn das Schicksal unseres Landes auf dem Spiele steht. (Beifall bei der Mehrheit.) — Abg. Haase: Keine gefühlvolle Grundfrage! Die Kommunisten von Bremen, von Braunschweig und Düsseldorf haben in der Zeit, als sie in diesen Orten das Regiment angeführt hatten, wiederholt den Belagerungszustand verkündet und wiederholt die Todesstrafe für geringere Dinge angekündigt als sie in Berlin jetzt vor sich gehen. Wenn in den Straßen Tausende von Menschen die Waffen gegen die Regierung führen, wenn Mörderer und Räuber Organe feiern, dann besteht ein Zustand außerhalb jedes Rechts, und die Staatsnotwendigkeit gebot mir, so zu handeln, daß so rasch wie möglich Ruhe und Sicherheit wiederhergestellt wird. (Beifall bei der Mehrheit.) Mögen die Rasenden, die das Reich jetzt gefährden, wieder zur Vernunft kommen, damit ein normaler Rechtszustand bald wieder eintreten kann. Je früher ich die furchtbare Würde meines Amtes in Berlin los werden kann, um so lieber würde es mir sein. Was geschah, verantwortet ich vor dem Staat, dem Lande und dem Volke. (Unruhe bei den l. S.) Ich habe das Urteil der Ration nicht. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, anhaltendes Zischen bei den l. S.) Erneuter Beifall bei der Mehrheit.)

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs, der den Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln außer durch die Reichsbank verbietet.

Abg. Haase (l. S.) wendet sich gegen das Gesetz, das eine neue Freundschaft gegen die Sowjetrepublik darstellt. Der Redner verliest ein Telegramm von Berner Sozialisten, in dem behauptet wird, Deutschland beabsichtige, in Zeitland eine imperialistische Politik zu treiben. (Lachen.)

Abg. Weimann (Demokrat) begründet einen Antrag auf Anmeldepflicht der Verbände an russischen Zahlungsmitteln.

Reichsfinanzminister Schiffer: Der Rubel rollt in Deutschland, und zwar nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen. (Sehr richtig.) Wir müssen uns gegen die Vergiftungs- und Verschwendungsgelder wehren, mögen es Regierung- oder Parteigelder sein. (Beifall.) Auch einen Teil des letzten Landes für uns in Anspruch zu nehmen, liegt uns ob, so ist unser Plan.

Abg. Müller-Stein (Soz.) wendet sich gegen das vom Abg. Haase verlesene Berner Telegramm, in dem auch behauptet wird, der Redner habe die internationale sozialistische Konferenz gelächelt.

Der Gesetzentwurf wird mit dem Antrag der Reichsparlament angenommen.

Es folgen die

## Abstimmungen über das Sozialisierungsgesetz.

In § 1, der die stitliche Pflicht jedes Deutschen zur Arbeit festsetzt, will ein Antrag Agnes (l. S.) und Genossen die Worte „unbeschadet seiner persönlichen Freiheit“ ersetzt werden durch die Worte „unbeschadet der Freiheit der Berufswahl“.

Die Abstimmung hierüber bleibt, da für diesen Antrag auch die Reichssozialisten stimmen, zweifelhafte. Bei der Abstimmung durch Sammelpung stimmen 195 mit „Ja“, 163 mit „Nein“. Auch die Regierungsmitglieder stimmen entsprechend ihrer Parteizugehörigkeit getrennt.

§ 1 wird in der Fassung des Ausschusses darauf einstimmig angenommen.

Zu § 2, der dem Reich die Befugnis zur Sozialisierung erteilt, liegen mehrere Änderungsanträge vor.

Ueber den Antrag Auer und Genossen (Soz.), der die Entschädigungspflicht des Reiches bei Sozialisierungen befristet, wird namentlich abgestimmt. Auf Ja! lauten 188, auf Nein! 22 Stimmgästel. Der Antrag Auer ist damit angenommen und die Entschädigungspflicht gestrichen.

Diese Mitteilung ruft im Hause große Bewegung und Unruhe hervor. Abgeordnete der Rechten bedauern sich gegen die von anderen Abgeordneten geäußerte Vermutung, daß sie für den sozialdemokratischen Antrag gestimmt hätten. Mehrere Abgeordnete sprechen auf den Präsidenten ein, der hierauf erklärt: Es scheint irgend

## ein Irrtum

in der Zusammensetzung der Stimmgästel vorgekommen zu sein. Nach dieser Erklärung sind nur 228 Ja-Stimmen abgegeben worden, während bei der vorhergegangenen Abstimmung über 300 abgegeben wurden. Da Stimmgästelungen nicht vorgekommen sind, kann die Zahl nicht stimmen und wir werden die Abstimmung noch einmal vornehmen. Nachdem die Petition noch einmal durchgelesen worden sind, erklärt Präsident Reber: Es hat sich herausgestellt, daß bei der ersten Abstimmung der Stimmgästel ein Posten übersehen worden ist. Es sind abgegeben 300 Stimmgästel, Enthaltungen sind nicht vorgekommen. Mit Ja! haben gestimmt 188, mit Nein! 163. Der Antrag Auer ist demnach abgelehnt.

Darauf wird § 2 in namentlicher Abstimmung mit 240 gegen 58 Stimmen bei einer Stimmgästelung in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso unter Ablehnung sämtlicher Änderungsanträge der Rest des Gesetzes. Damit ist das Sozialisierungs-gesetz in zweiter Lesung erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Regelung der Kohlenwirtschaft.

§ 2 bestimmt, daß die Leitung der Kohlenwirtschaft einem Reichskohlenrat übertragen wird, dessen Zusammensetzung der des Sachverständigenrates (§ 3) entsprechen soll. Die Reichsregierung erteilt die Kohlenregulierung für bestimmte Bezirke zu Verbänden und diese zu einem Gesamtverband zusammen. In der Verwaltung dieser Verbände sind die Arbeitnehmer zu beteiligen. Den Verbänden liegt die Regelung der Förderung, Selbstverbrauch und Abfall unter Aufsicht des Reichskohlenrats ob. Die Reichsregierung führt die Oberaufsicht und regelt die Festsetzung der Preise. Der Reichskohlenrat und die Verbände sind bis zum 30. Juni 1919 zu errichten. — Die Abg. Dr. Richter und Köglar (D. Sp.) beantragen die Abänderung: Den Verbänden liegt die Regelung des Abfalls unter Aufsicht des Reichskohlenrats ob. — Außerdem beantragt die Kommission eine Entscheidung, wonach der Nationalversammlung mit möglicher Beschleunigung

der Vorstehende: „Menschenkind, haben wir denn Oshen oder Segner vor uns? Die Mehrzahl der Genossen ist doch so vernünftig einzusehen, daß wir augenblicklich beim besten Willen nicht heissen können!“ „Wollen's hoffen.“ „Mit welchem Dend lag Hand an Hand.“ „Solange wir können, wollen wir arbeiten und kämpfen.“

Ein erbitterter Kampf begann, der Kampf um die Seelen der Arbeiter. Die Anhänger von links und rechts kämpften in der höchsten, niederträchtigsten Weise, unterirdisch von ihren gewaltigen Bundesgenossen, dem Rüstgänger aus Kohlenmangel, der Räte, der Rat. Die Führer der Arbeiter rangen mit aller Macht gegen die steigende Verbitterung und das aufsteigende Mißtrauen. Ein harter, nervenaufreißender Kampf ist es, ein Kampf, für den es keinen Dank gibt als den, nicht zu unterliegen.

Er dauert noch an. An euch ist es, Arbeiter, ihn zu entscheiden!

## Notizen.

— Theater. Die Volkshäuser, Theater am Pflanzplatz, nimmt heute Freitag, den 14. März, ihre Vorstellungen nach erzwungener zehntägiger Pause mit Georg Büchners „Was“ wieder auf. Auch am Sonntag gelangt „Was“ zur Darstellung. — Das Romdionhaus verleiht die Erlaubnisführung von Rada-Adhies Schwarze „Der Feldherrntrümpf“ auf den 19. März.

— Vorträge. Preptow-Sternwarte: 15. März, 6 Uhr: „Am Lande der Schwärzen“ (Deutscher Subanfilm). 7 Uhr: „Kameradschaftliche Raubereien“ (Experimentalfortrag von Dr. Schimann); 16. März, 3 Uhr: „Christoph Columbus“ (Filme); 6 Uhr: „Wilder aus dem Harz Thüringen und dem Wengenberge“ (Filme); 7 Uhr: „Am Lande der Schwärzen“; 18. März, 7 Uhr: „Unre Erde als Planet“ (Vortrag mit Lichtbildern von Dr. Ardenholz).

— Balladenabend. Der Sozialdemokratische Wahlverein Weissensee veranstaltet am Sonntag, den 16. März, abends 7 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums Weidenpromenade einen Balladenabend unter Mitwirkung von Dr. Danoner (Gebrauch), Fräulein Seiler (Klavier), R. Dürig (Violine), Frau Wathy (Regitation).

— Rudi Eisners gesammelte Schriften und seine nachgelassene dramatische Fiktion „Die Götterprüfung“ erscheinen demnächst im Verlage von Paul Cassirer.

— Karl Marx' Lohnarbeit und Kapital, diese berühmte gemeinverständlich gefasste Einführung in das Studium der politischen Ökonomie, liegt jetzt in einem Neubruck des Verlages der Buchhandlung Vorwärts vor. Sie war seit geraumer Zeit vergriffen.

— Neue Dramen. Die Dramatische Gesellschaft veranstaltet ihre erste Vorstellung in der zweiten Hälfte des Monats März im Kleinen Schauspielhaus. Zur Aufführung gelangt das Stück „Die Vorbilder“ von Rudolph Leonhard. — Walter Hasenclevers „Antigone“ wird nach der außerordentlich erfolgreichen Aufführung in Frankfurt a. M. auch in München, Berlin, Hamburg und Hannover, ferner in Kiel, Wien und Prag in Szene gehen. — Das neueste Bühnenwerk des Autors „Die Feigen“ ist soden erschienen.

## Die Tagung des Deutschen Bühnenvereins.

Der Deutsche Bühnenverein, die Arbeitgeber-Organisation im Theatergewerbe, hat gestern ihre Tagung begonnen, um über das mit der Genossenschaft deutscher Bühnengehörigen abzuschließende Tarifabkommen einseitig die Normalbühnenverträge sich schlüssig zu werden. Da noch nicht alle Mitglieder anwesend waren und die Vorkaufsfähigkeit noch nicht erreicht war, mußte die endgültige Sitzung auf heute vertagt werden.

Das geplante Tarifabkommen hat die bereits seit langen Jahren von der Bühnengenossenschaft aufgestellten Forderungen nach einer rechtlichen und sozialen Verbesserung der Bühnengehörigen zum Gegenstand und bedeutet somit ein grundlegendes Reformwerk für das gesamte Theaterwesen. Es muß der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß die Arbeitgeber Einsicht genug besitzen werden, das durch gegenseitige Verständigung vereinbarte Abkommen ohne Bedenken anzunehmen.

Sollte diese Einigung zwischen den beiden führenden Organisationen des Theatergewerbes scheitern, so steht eben zu erwarten, daß die bisherigen Schäden des Theaterwesens auf gesetzlichem Wege ausgemerzt und die berechtigten Wünsche und Forderungen der Bühnengehörigen in vollem Umfang und über den Rahmen der jetzigen Verständigung hinaus erfüllt werden.

## Die Kohle.

Von V. Haupt.

Natürlich, meine Herren, Sie können mich zwingen, meinen Arbeitern zu zahlen, soweit mein Vermögen reicht, wenn Ihnen Privatvermögen nicht unantastbar sind. Aber Kohle zum Produzieren schaffen Sie damit nicht herbei. Und leben, ohne zu produzieren, kann das deutsche Volk nicht lange, das leuchtet wohl auch Ihnen ein! Eine übertriebene höfliche Verbeugung — ironisch lächelnd setzte sich der Fabrikant. Der Vorsitzende des A. und S. Rates, der verschiedene Reden zu einer Besprechung der dringenden Kohlenfrage gehalten hatte, wurde rot im Gesicht vor Zorn über den frechen, arglistigen Ton. „Das Privatvermögen muß und ebensowenig heilig sein, wie den Arbeitgebern die Arbeitskraft des Arbeitnehmers. Sie werden gezwungen werden, ihren bisherigen Arbeitern während des Aussehens infolge Kohlenmangels einen Prozentsatz ihres Lohnes weiter zu zahlen. Unsere Sorge wird es sein, alles in Bewegung zu setzen, um Kohlen heranzubekommen. Ich glaube, wir sind wohl am Schluß unserer Sitzung angelangt.“

Die Geladenen und Mitglieder des Vollzugsausschusses waren gegangen, der Vorsitzende blieb im Zimmer allein. Er trat an das Fenster und blickte über die Dächer der Stadt, die im kalten, glühenden Licht eines harten Wintertages dalag. Dort die Sch-

mannsche Fabrik, 1200 Arbeiter, rauchlos die Schornsteine, leblos die Maschinen, dort die Weberei, auch die Schornsteine leer in die Luft riegend, 400 Arbeiter ohne Arbeit, und hinten, eine kleine Stadt für sich, von roten Fabrikhäusern, glasbedeckten Werkstätten, fünf hohen Schloten, von denen zwei noch rauchten. Heute noch, dem morgen ab richte auch dort die Arbeit; 6000 Rüstgänger mehr wärg dann die Stadt. Dazu kamen noch die stellunglosen Kaufleute, die Frauen und die größte Gefahr für die Ordnung und Ruhe, die die vier Jahre Krieg der Arbeit ermöglicht hatten, die nicht arbeiten wollten, die unzufrieden mit sich selbst, mit allem und jedem, sich nicht einreiben können in irgendeine Ordnung, für jeden Putz zu haben waren. — 20 000 Leute, die nichts zu tun hatten! Leute, die morgens mürrisch aus den Betten stiegen, Reitan den, über die braune Tasse, Kaffee genannt, zu lästern, 20 000 Leute, die halbtagslang gelangweilt in die Hochstühle saßen und überläunige Vergleiche zwischen früher und jetzt anstälten, mindestens 15 000 Leute, die früh und spät zum Arbeitsnachweis liefen, um immer wieder erfolglos umzusehen und sich von andern alten Schwägen erzählen zu lassen, daß es der neuen Einrichtung, den Arbeiterräten nicht gelang, Arbeit zu schaffen. Tausende von Familienvätern, in deren Wohnungen über Todtstund hockte, denen die Frauen Tag für Tag vorjammerten, daß die Hausbrandkohle bald verbraucht sei, daß der Topf köchelt brenne und die Lebensmittelstoffe immer gerinorer würden, weil der Bahnverkehr infolge Kohlenmangels stockte. Die Weibchen, zu denen sie kamen, gaben ihnen zu verstehen, ihr habt ja euren Arbeiterrat, der hat ja zu bestimmen, geht zu dem; verbitterte, kurzschichtige Genossen predigten: „Ihr Feiert und die Reichen sind verfort, warum buidet das euer Arbeiterrat? Es sind noch genug Kohlen für uns in den Häusern der Kriegsgewinnler, warum halt sie der Arbeiterrat nicht heraus?“ So ging es Tag für Tag, immer dasselbe Gend, dieselbe Langeweise, dieselben heftenden, aufstachelnden Worte von rechts und links.

Eine senkrechte Kiste stand hart zwischen den Bräuen des Vorsitzenden. Aus diesem Kiste sollte ein neues Deutschland entstehen. Gut gedacht, aber wie, wenn die Rot so groß wurde, daß jede Ordnung, jede Führung zum Teufel ging. Was nun? Es steht traurig aus!

Eine Hand legte sich auf seine Säukter. Aus Simen auf blickte er in die Augen seines langschichtigen Genossen, mit dem er vor zehn Jahren an arbeitsfreien Sonntagen von Dorf zu Dorf geest, die Flugblätter unter den Büden, oft von den Bauern mit Prügel bedroht, mit Dunden gefest. Nun endlich war der Tag gekommen, wo ihre Sache gestigt zu haben schien, da wozf das Schicksal Hindernis auf Hindernis in den Weg, als wolle es die Genossen von den Führern spalten, als solle das Volk durch Gend an seinen Idealen, an seinen Führern verpfeifen. — Es ist schlimm. Wir müssen die Genossen aufklären, täglich Versammlungen abhalten, Vortragsabende einrichten, die müßige Zeit zur Propaganda benutzen. — Und wenn niemand kommt, weil der Saal unangebeigt ist? — Wir müssen ihnen einen gemütlichen, warmen Aufenthalt schaffen. — Dann heißt es wieder, für den Saal des Arbeiterrats sind Kohlen da, für unsere Wohnungen nicht. — Mit leichtem Bormwurf emwiderte

Eröffnung des Preußenparlaments.

1. Sitzung, Donnerstag, den 13. März 1919.

Das Haus weist guten Besuch auf. Auch die Tribünen sind besetzt. Die Absperzung wird streng gehandhabt.

Um 9 1/2 Uhr treten die Mitglieder der bisherigen Regierung in den Saal. Während die Minister Ernst, Fischel, Hoff, Braun, Südekum, Heine, Haenisch und Unterstaatssekretär Göhre am Regierungstisch Platz nehmen, tritt der vorläufige Ministerpräsident Sirch zur Rednertribüne und hält folgende Ansprache:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In erster Zeit haben Sie sich zu schwerer Arbeit im Dienste unseres geliebten Vaterlandes und unseres schwer geprüften Volkes zusammengefunden. Namens der vorläufigen Regierung heiße ich Sie bei Beginn Ihrer Tätigkeit herzlich willkommen. (Weifall.)

Die verfassunggebende Landesversammlung ist ein Sinnbild der ungeheuren politischen Umwälzung,

die sich seit der letzten Tagung eines preußischen Parlaments vollzogen hat. An die Stelle des Dreiklassenwahlrechts, das Jahrzehnte hindurch einigen bevorrechteten Klassen die Herrschaft ausgeliefert hat, ist das demokratischste aller Wahlrechte getreten, die politische Gleichheit, die eine verbundene und die Reichen der Zeit nicht erkennende Schicht noch vor wenigen Monaten dem Volke vorzuenthalten zu können wähnte, ist zur Tatsache geworden, und keine Macht der Welt wird je imstande sein, die großen demokratischen Errungenschaften der Revolution zurück zu machen. (Lachen rechts.)

Zusammengeboren ist der Klassenstaat und die Klassenherrschaft, zusammengeboren nicht, um an Stelle der Herrschaft der einen Klasse die einer anderen zu setzen, sondern um Platz zu machen der Demokratie, der Herrschaft des Volkes, das seine Ketten gesprengt hat und entschlossen ist, selbst sein Geschick in die Hand zu nehmen. (Lachen der Unabh. Soz. Standrecht! Handgranaten! Lichtenberg!)

Das alte Preußen ist für immer dahin. (Lachen bei den Unabh. Soz.) Das preußische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit bejaht die neue preußische Republik, es will den Ausbau des Volksstaates, seines Staates. Diesen Wunsch und Auftrag des Volkes zu erfüllen, sind Sie hier versammelt. Die vorläufige Regierung hat das Selbstbestimmungsrecht aller Staatsangehörigen hingebend und nachdrücklich geschützt. Ihnen, meine Damen und Herren, steht die gewaltige Aufgabe bevor, aus den Trümmern des alten Junkerpreußens das neue Volkpreußen zu erbauen. Mögen Einsicht und Tatkraft Sie leiten, Ihrer hohen Mission gerecht zu werden und im Einklang mit dem Willen des Volkes die neue Ordnung aufzurichten. Mögen Sie getragen vom Vertrauen des Volkes, unbeirrt durch verbrecherischen Terror auf der einen (Lärm der Unabh. Soz.: Rossel!), durch reaktionäre Verläufe auf der anderen Seite den richtigen Weg finden.

Die vorläufige Regierung, welche die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung in Ihre Hand legen wird, sobald Sie sich dazu in den Stand gesetzt haben werden, unterwirft sich nach vier Wochen der Amtsführung mit ruhigem Gewissen dem Urteil des Volkes. Aus Pflichtgefühl, nicht aus persönlichem Ehrgeiz haben wir bei dem allgemeinen Zusammenbruch die Staatsgeschäfte in die Hand genommen. Diesen Zusammenbruch haben nicht zuletzt

Die alten Machthaber Preußens mildernden, aber...

die sich hartnäckig an längst überlebte, unhaltbare Vorrechte geklammert haben. (Weifall links.) Die Horie der Oberherrschaft des Jahres 1917 waren bis zum 9. November 1918 noch immer nicht zur Tat geworden. Noch immer bestand das elendste aller Wahlsysteme, die schamloseste Herausforderung der schaffenden und lebenden Massen des Volkes, als die Novemberhürde mit einem Schlage das ganze rücksichtslosste Regime hinwegfegten. Anbert, halb Jahre lang hatte man geflüstert und gemurmelt, wieviel man dem Volke zurückgeben dürfe von dem Rechte, das mit ihm geboren ist. Längst hatten die drei Massen den Glauben verloren, bei den alten Machthabern Preußens Gerechtigkeit zu finden. Wieder und wieder hatten wir Sozialdemokraten, und mit uns einseitige Elemente des Bürgertums, vor der Katastrophe gewarnt, welche aus der Verbannung des Volkswillens mit Notwendigkeit erwachsen mußte. Alles war leider in den Wind gesprochen. Selbst als Graf Hertling das alte Preußenparlament beidlor, es gebe um Thron und Dynastie, ließ es sich

die notwendigen Fortschritte nicht abringen. Vergeblich waren alle legalen Mittel versucht, und nun trat das ein, was der Dichter prophetisch vorausgesagt hat:

Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden, Wenn unerträglich wird die Last — greift er hinauf getroffen Nutes in den Himmel Und holt herunter seine ewigen Rechte, Die droben hängen unveränderlich Und unzerbrechlich, wie die Sterne selbst.

Jetzt stehen wir auf dem Boden der November-Revolution, einer Revolution, auf die wie auf keine andere das Wort August Bebel's zutrifft, daß nicht die Revolutionäre, sondern zu aller und jeder Zeit die Reaktionen die Revolutionen machen. (Sehr richtig! links.)

Durch die Klüppen und Brandungen des sturmgeheulsten Revolutionsmeeres haben wir das Staatschiff in das sichere Fahrwasser demokratischer Geseßlichkeit zurückzuführen versucht. (Lachen der Unabh. Soz.) Ungeheuer schwer war die Aufgabe. Unter dem Druck des feindlichen Feindes wurden wir gezwungen, weite preußische Gebiete, darunter kerndeutsches Land der Provinz Posen, den Polen preiszugeben. Vergebens waren alle unsere Bemühungen, das Los unserer schwergeprüften Landsleute in Ost und West zu erleichtern.

Erhebliche Teile unseres Eisenbahnmateriale waren an den Feind abgeliefert. Der Mangel an Wagen und Lokomotiven brachte die Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen und Lebensmitteln zum Stillstand. Wilde Streifbewegungen unterbrachen fast ohne Rücksicht den Fortschritt und Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens. Eine gewalttätige

eine verbrecherische Minderheit

bedrohte die Sicherheit des Staates und seiner Organe, bald in Berlin, bald im Ruhrrevier, bald in Schlesien, bald in Ostpreußen, bald in Mitteldeutschland und erzeugte immer aufs neue die Gefahr sofortiger Hungersnot, allgemeinen Rassenlebens, Verwüstung, Rechtslosigkeit, Schulwesen arretieren in Verwirrung. Wir sind nicht an den Abgrund des wirtschaftlichen Zusammenbruchs gedrängt. Rettungselos können wir in diesen Abgrund, wenn unser Volk sich nicht endlich auf seine Pflicht zur Arbeit

bestimmt. Und hat denn unser Volk vergessen, daß es bis zum Ausbruch des Krieges das arbeitssamste, das tüchtigste, das leistungsfähigste der Welt gewesen ist? Die Arbeiter- und Soldatenräte, die mit der Revolution geborenen Organe des Volkes, haben und vielfache wertvolle Dienste geleistet und wir haben unser Bestes getan, diese neuen Gebilde wenigstens einigermaßen organisch in unser öffentliches Leben einzufügen. (Lärm der Unabh. Soz.: Andarschallen!)

Sie wissen, daß die Revolutionsregierung selbst im Anfang in ihrer Tatkraft dadurch gelähmt war, daß sie sich zu gleichen Teilen aus Anhängern beider sozialdemokratischen Parteien zusammensetzte, die verschiedenen haben Zielen auf verschiedenen Wegen nachgingen. Nur Pflichtgefühl hielt uns im Dienste des Volkes an unserem Platze. In beispiellos schwerer Zeit haben wir nach bestem Willen und Bewissen dem Wohle des Landes und des Volkes gedient. Ganz selbstverständlich mußte der ungeheure Zusammenbruch und Umsturz sich um Schäden und Opfer vollziehen. In klarer Erkenntnis dessen, was wir dem Lande und dem Volke schuldig geblieben sind, legen wir mit festem Selbstbewußtsein: wir waren es, die in dieser unglücklichen kompromißwüßigen Zeit den vollständigen Zusammenbruch der staatlichen Ordnung und der wirtschaftlichen Existenz verhindern konnten, und wir haben die schmerzliche Last der Verantwortung getragen, die nicht unser Wille, sondern die Verhältnisse uns aufgebürdet hatten.

Mit Genugtuung begrüßen wir den Tag, da diese Verantwortung von uns auf die freigewählte Vertretung des ganzen Volkes übergegangen ist. Sie sollen Preußen aus einem der politisch rückständigsten zum freibeitlichsten und vorge-schrittensten Staat der Welt machen. Sie sollen

die Abneigung gegen Preußen

überwinden. Große Aufgaben stehen Ihnen bevor. Sie haben das Verkehrs- und das Steuerwesen neu zu ordnen, die gewaltigen Probleme der Wohnungsfürsorge und öffentlichen Gesundheitspflege zu lösen, unser ganzes Unterrichts- und Erziehungs-

wesen auf moderne Grundlagen zu stellen. Die Wege zu den höchsten Stellen im staatlichen, im wirtschaftlichen, im kulturellen Leben waren bisher nur einer kleinen Zahl Bevorzugter offen. Das muß im neuen Preußen anders werden. Jeder geistigen Kraft,

jedem Talent wird der Staat den Weg ebnen,

um durch Fleiß und Leistungen zur vollen Auswirkung seiner Kräfte zu gelangen. (Weifall.)

Nach wissen wir nicht, wo Preußens künftige Grenzen laufen. Wir kennen keinen preußischen Partikularismus. Preußen ist bereit, aufzugehen im Reich, in der Republik der politisch geeinten Nation, im deutschen Einheitsstaat. (Weifall.) Hören die Gliedstaaten auf, dann könnte das ganze Reich nach Zweckmäßigkeit in neue Verwaltungsbezirke eingeteilt werden. (Weifall.) Aber der denkbar ungeeignete Weg zum deutschen Einheitsstaat wäre

die Zerstückelung Preußens

in leistungs- und lebensunfähige Zwergrepubliken. (Weifall.) Diese Aufteilung wäre für unsere Wirtschaft, unsere Berufe und unsere Kulturpflege gleich verhängnisvoll. Solange die süddeutschen Staaten und Deutschösterreich, dem wir zu seinem bevorstehenden Eintritt in die großdeutsche Republik unsern herzlichsten Brudergruß zurufen (Weifall), selbständige Gliedstaaten bilden, so lange muß auch Preußen als einheitlicher Gliedstaat bestehen bleiben. Der Fortschritt der deutschen Einheit liegt nicht in der Verneuerung der Einzelstaaten. Ein freies Preußen ist nicht mehr das Schreckgespenst aus vergangenen Tagen, dem man mit dem alten Schlagwort von dem „gefährlichen Übergewicht Preußens über Deutschland“ zuleibe ging. Gefährlich war für Deutschland nur das alte Preußen des Junkertums und der Reaktion; das neue Preußen des freien Volks soll ein Segen werden für das gesamte deutsche Vaterland. Gern und freudig bringen wir jedes Opfer im Interesse der Reichseinheit. (Weifall.) Preußens beste Eigenschaften, Arbeitsamkeit und Pflichttreue, braucht auch das neue Deutschland zum Wiederaufbau. Je freier und vollständiger der neue Preußenstaat alle wirkenden Kräfte des Preußenvolks umfaßt und darstellt, desto gesicherter wird er gegen Vordringungs- und Absonderungsgefühle sein. Preußens Aufgaben sind noch nicht erfüllt. Mit Gewalt hat es einft das Reich zusammenge schmiedet. Die Gewalt ist gebrochen. Mit dem Geist der Freiheit, der Ordnung und Arbeit soll es noch einmal der deutschen Nation und ihrer künftigen friedlichen Größe dienen. Das alte Preußen ist tot, es lebe das neue Preußen! (Bravo!)

In den Dienst des jungen preußischen Volksstaates wollen Sie Ihre ganze Kraft stellen. In diesem Werk wünscht Ihnen die provisorische Regierung Glück und vollen Erfolg. (Lobdaster Weifall und Handklatzchen.)

Alterspräsident Vog. Gerold (S.) begrüßt die Mitglieder auf das wärmste, zunächst die alten Kollegen, heißt nicht minder herzlich die zahlreichen neuen Kräfte willkommen, welche das Vertrauen der Wähler hierbei erstanden hat, und unter diesen ganz besonders die Frauen, die zum ersten Male an der Gestaltung der Gesetzgebung mitzuwirken berufen sind. Wie durch die sich gegenseitig ergänzende Tätigkeit von Mann und Frau das Wohl der Familie am besten gefördert wird, so wird auch die Mitwirkung der Frauen unsere Beratungen und Beschlüsse nur erfolgreicher beeinflussen. In schwerer, sorgenvoller Zeit tritt die Landesversammlung zusammen. Noch mehr als vierjährigem ruhmvollem geführtem Kriege, nachdem die Familienbevölkerung während der langen Kriegsdauer unter niederdrückenden Entbehrungen in schwerer Arbeit ihre

besten Kräfte in den Dienst des Vaterlandes

gestellt hatte, mußten wir schließlich doch gegenüber der Hebermacht fast der ganzen Welt unterliegen und uns einem Waffenstillstand mit so harten Bedingungen unterwerfen, wie sie noch niemals im Laufe der Jahrhunderte einem großen hochentwickelten Volke auferlegt worden sind. (Sehr wahr!) Dann traten die Unruhen und Umwälzungen im Innern hinzu, welche von neuem so große Verluste an Gut und Blut im Gefolge hatten. Das alte Preußen mit seiner ruhmreichen Geschichte ist zusammengesunken. Jetzt soll ein neues Preußen entstehen. Zahlreiche Volkserbitter sind erfreut über die Veränderung der Verhältnisse. Andere trennen sich in treuer Anhänglichkeit nur mit Wehmut von den alten Einrichtungen,

Stine Menschenkind.

Von Martin Andersen Nexö

Unter keinem warmen Auschermantel kam sie wieder zu sich, und das Leben kehrte in ihre kalten Glieder zurück: Lars Peter nahm ein Glied nach dem anderen in seine Fingerringe und taute sie auf; Stine lag ganz still in seinen Armen und ließ alles mit sich geschehen; sie hörte unter dem Stoff sein gewaltiges Herz schlagen. Zum Dum! Jeder Schlag war wie der Puff einer großen, weichen Schnauze, und seine tiefe Stimme löste durch ihren ganzen Körper wie ein Erdbeben, daß sie es bis in die Rehen spürte. Seine großen Hände, die so viel Hartes und Häßliches anfahnten, waren das Wärmste, das sie kannte. Sie waren wie Großmutter's Wange — das Reichste von allem auf der Welt.

„Nun müssen wir zwei wohl absteigen und ein bißchen laufen,“ sagte der Vater plötzlich. Stine wollte ungerne, sie hatte es so warm und gut bei ihm. Aber es half ihr nichts. „Wir müssen machen, daß das Blut wieder richtig in Schwingung kommt,“ sagte er und hob sie vom Wagen herunter. Dann liefen sie ein Stück neben dem großen Klaus her, der keine gewaltigen Gelenke um langlamen Trab vorwärtswarf, um zu zeigen, daß auch er etwas leisten konnte.

„Sind wir bald zu Hause?“ fragte Stine, als sie wieder gut eingewickelt auf dem Wagen lag.

„Na, na, es ist noch ein ganzes Stück Wegs — du bist über eine Meile weit gelaufen, Kind! Aber jetzt erzähle mir, wie es kommt, daß du hier auf den Wegen herumrennst und dummes Zeug treibst.“

Du müßte Stine erzählen, von der Schule, von dem Unrecht, das ihr widerfahren war, den Prügelein und allem. Dazwischen brummte Lars Peter, der drehte seinen Körper ganz sonderbar oder stampfte mit dem Fuß auf den Wagenboden auf — er konnte nicht recht vertragen, dies alles mit anzuhören. Aber du laß es Stine nicht, nicht wahr?“ fügte sie ängstlich hinzu. „Mutter,“ beehrte sie sich zu verbessern.

„Dab' bloß keine Angst,“ war das einzige, was er sagte.

Von da an sprach er unterwegs nicht mehr, und er gebraucht lange Zeit, um auszuatmen; Stine behielt er während dessen bei sich. Stine kam mit einer Laterne heraus und pedelte ihn an, aber er gab ihr keine Antwort. Sie

warf ihm und dem Kinde einen schenen Blick zu, hängte die Laterne hin und ging schnell wieder ins Haus.

Bald darauf betrat er die Stube, er hielt Stine an der Hand; ihr Händchen zitterte. Sein Gesicht war grau; in der Rechten hatte er einen dicken Stod. Sörine stob vor seinem Klart bis unter die Uhr; sie preßte sich in die Ecke hinein und hielt die beiden rallo an.

„Ja, du siehst uns so sonderbar an,“ fragte er, indem er vortrat — „aber es ist auch ein Kind, das dich anklagt. Was machen wir da nun?“ Er hatte sich unter die Lampe gesetzt und Stines Kleid aufgehoben; behutlam drückte er seine Handfläche gegen die geldmollenen blauen Striemen, die bei der leichtesten Berührung schmerzten. „Es tut noch weh — du hast tüchtig zugeschlagen! Nun wollen wir sehen, ob du ebenso tüchtig im Heilen bist. Komm und küß die Kleine, dahin, wo du sie geschlagen hast. Ein Kuß für jeden Schlag!“ Wartend lag er da. „Nun —“

Sörine machte eine Grimasse des Abscheus. „Also du böllst deinen Mund für zu gut, um dahin zu küssen, wo deine Hand geschlagen hat.“ Er griff nach dem Stod auf dem Tisch.

Sörine war auf den Fußboden gesunken und streckte beschwörend die Arme aus. Aber er sah unerbittlich aus, er war ein anderer geworden. „Nun —!“ Sörine jögerte noch einen Augenblick, dann rutschte sie auf den Knien hinüber und küßte den wunden Körper ihres Kindes.

Stine schlang den Arm bestig um ihren Hals. „Mutter!“ sagte sie.

Aber Sörine stand auf und ging hinaus, um das Abendessen zu wärmen. Den ganzen Abend vermied sie es, die beiden anzusehen.

Am nächsten Morgen war Lars Peter wieder der Alte; er weckte Sörine durch einen Kuß wie immer und summte vor sich hin, während er sich ankleidete. In Sörines Augen und Wesen ihm gegenüber waren noch Spuren von Groll vorhanden; aber er gab sich den Anschein, als bemerkte er es nicht. Es war noch tiefe Nacht, er lag am Tischende, die Laterne vor sich, und ah keinen Morgenimbis; beim Klauen gingen keine Augen an den drei Kindern auf ihrem Lager. Sie lagen wie junge Vögeln in einem Klumpen da. „Wenn Paul jetzt zu ihnen hinüber soll, müssen wir wohl an jedes Ende zwei legen,“ sagte er grübelnd. „Am besten wäre es ja, wir könnten uns noch ein Bett leisten.“ Sörine antwortete nicht.

Als er wegfahren wollte, beugte er sich über Stine hinab, die im Schlafe die beiden anderen wie ein Mitterdchen umschlungen hielt. „Du hast uns da ein gutes kleines Mädchen gegeben,“ sagte er und richtete sich auf.

„Sie lügt,“ erwiderte Sörine vom Ofen her.

„Dann hat sie das wohl tun müssen. — Meine Familie zählt ja nicht recht mit, Sörine — und vielleicht verdient sie es auch nicht. Aber nie ist an uns Kinder Hand angelegt worden, das will ich dir sagen. Ich erinnere mich so deutlich an meinen Vater, wie er auf seinem Totenbett lag, seine Hände betrachtete und sagte: „Die haben vieles anfallen müssen, aber nie hat sich die Hand des Schinders gegen die Wehrlosen gewandt!“ So will ich auch gern einmal sagen können; und ich rate dir, ein bißchen daran zu denken.“

Dann fuhr er fort. Sörine setzte die Laterne ins Fenster, damit er zur Wandstraße hinfinden konnte. Dann trock sie wieder ins Bett, konnte aber nicht schlafen; Lars Peter gab ihr zum erstenmal etwas zu denken auf. Sie hatte etwas bei ihm kennen gelernt, von dessen Existenz sie vorher keine Ahnung gehabt hatte, etwas Fremdes, das zur Vorsicht machte. Sie hatte ihn für einen braven Tropf gehalten — wie alle anderen. Und wie entsetzlich konnte er in seinem Zorne werden — — — Es schauderte sie noch, wenn sie daran dachte. Sie würde sich wohl hüten, ihm zu nahe zu treten.

15.

Regen und Sonnenschein

An den Tagen, an denen Stine nicht zur Schule ging, gab es tausenderlei Dinge für sie zu tun. Die Arbeit mit den Kleinen fiel ihr zu, und dann waren die Schafe und die Säbner zu versorgen, und sie mußte mit ihrem Sad hinaus und Refeln als Schweinefutter pflücken. Manchmal kam es vor, daß Lars Peter kein Blut gehabt und seine Fische nicht verkauft hatte, wenn er heimkehrte. Dann ließ sie mit den Eltern bis ein, zwei Uhr in der Nacht wach und reinigte die Fische, damit sie nicht verderben sollten. Sörine gehörte zu den Menschen, die die ganze Zeit herumwirtschaften, ohne sehr viel auszurichten. Sie konnte es nicht vertragen, daß das Kind einen Augenblick still lag; sofort jagte sie sie an irgendeine Arbeit. Wenn Stine am Abend zu Bett ging, war sie zuweilen so übermüdet, daß sie nicht einschlafen konnte. (Fortf. folgt.)

aber wohl alle Mitglieder der Landesversammlung setzen sich auf den Boden der vollendeten Tatsachen. Alle erkennen die Landesversammlung als die höchste souveräne gesetzgebende Gewalt in Preußen

on. Eine große verantwortungsvolle Aufgabe von historischer Bedeutung hat die Landesversammlung zu erfüllen. Eine neue freiheitliche Verfassung soll sie für Preußen gestalten. Alle Mitglieder ohne Ausnahme treten mit Hingabe und Eifer unter Einwirkung ihres besten Könnens an ihre großen Aufgaben heran. Mögen Meinungsverschiedenheiten vorhanden sein, alle sind von dem einheitlichen Streben erfüllt, nach besten Kräften dem Vaterlande zu dienen, das Wohl aller Volksschichten zu fördern, nach dem furchtbaren Schlage, der unser Volk getroffen hat, im neuen Staate es wieder einer besseren Zukunft entgegenzuführen. So treten wir denn im Vertrauen auf Gottes Hilfe und unserem allseitigen guten Willen entschlossen an die Erledigung der großen uns obliegenden Aufgaben heran. Möge es der versammlunggebenden preussischen Landesversammlung gelingen, ihr Werk zum Segen der Bevölkerung, des Staates sowie des Deutschen Reiches zum Abschluss zu bringen. Das wolle Gott! (Weiß! rechts und im Centrum. — Auf bei den U. Soz.; Amen!)

Zur vorläufigen Bildung des Bureau's beruft der Alterspräsident auf Grund der Bestimmungen der früheren Geschäftsordnung, welche von der Versammlung auch hierfür als bindend anerkannt werden, zu Schriftführern Frau Gertrud Hanna und die Abg. Specht, Meyer, Frankfurt und Graf-Anklam.

Zur Beratung gelangt nunmehr der Antrag Gerold und Genossen auf Annahme einer vorläufigen Geschäftsordnung. Der Antrag übernimmt die meisten Bestimmungen der für das frühere Abgeordnetenhäus in Geltung gewesenen Geschäftsordnung.

Der Antrag wird angenommen. Eingegangen ist von der Regierung der Entwurf eines Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen, von dem Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.) ein Antrag auf Aufhebung des Standrechts und des Belagerungszustandes in Groß-Berlin.

(Weiterlekt rechts. — Wuirufe bei den U. Soz.) Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung morgen nachmittags um 3 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: 1. Beratung eines weiteren Antrages zur Geschäftsordnung, 2. Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und Schriftführer, 3. Erste, zweite und dritte Lesung des Gesetzesentwurfs wegen vorläufiger Ordnung der Staatsgewalt.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.): Ich beantrage, als vierten Punkt unsern Antrag auf Aufhebung des Standrechts und des Belagerungszustandes auf die morgige Tagesordnung zu setzen, ich tue das namens meiner Fraktion und trotz dem Nachen, welches auf der rechten Seite bei Verlesung des Antrages erschallt. Wenn die Herren die letzten Tage und Nächte in Berlin Ost und Nord erlebt hätten, würde ihnen das Nachen auf den Lippen erklingen sein, wenn sie erlebt hätten, wieviel Unschuldige dort dem Standrecht zum Opfer gefallen sind. Abg. Hergt (D. Soz.): Wir wünschen also auch, daß die Angelegenheit hier auf das gründlichste besprochen wird, beantragen aber aus formalen Gründen, damit die Rotverfassung für Preußen zunächst erledigt werden kann, den Antrag Hoffmann übermorgen zu beraten.

Abg. Reinert (Soz.): Es wird sehr zweckmäßig sein, diesen Antrag zu verhandeln, um dem Volke deutlich zu machen, daß die Vorgänge in Berlin nicht hinreichend untersucht ist, zu zeigen, wer die Schuld an diesen Dingen trägt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es wird sehr heilsam für unser ganzes Volk wirken, wenn restlos aufgesklärt wird, wer die Schuldigen sind. (Sehr wahr!) Wir werden daher für den Antrag Hoffmann stimmen.

Ministerpräsident Hirsch: Von unserer Seite würde dem nichts entgegenstehen, wenn der Antrag noch in dieser Stunde beraten würde.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.): Ich habe mich allerdings nicht an den Justizminister, sondern an den Minister des Innern wenden müssen, um Auskunft darüber, ob es wahr ist, daß das Standrecht nicht mit dem Willen der Regierung erlassen, sondern erzwungen von der Soldateska wurde. (Hört! hört! bei den U. Soz.) Daß einfach mit Streik gedroht wird, wenn das Standrecht nicht erhoben wird, mit Rücksicht auf den Abg. Hergt beantrage ich nun, unseren Antrag als dritten Gegenstand auf die morgige Tagesordnung zu setzen.

Schließlich erklären alle Parteien, sich dem Antrag Reinert anzuschließen.

Nächste Sitzung Freitag 3 Uhr. (Wahl des Präsidiums, Antrag Hoffmann, Verfassungsentwurf.)  
Schluß 14 Uhr.

## Nach der Straßenschlacht.

Heute morgen saßen durch diese Straße noch die Geschosse der Kämpfenden. Nun ist Stille geworden, die Frühlingssonne goldet Pflaster, Trümmer und Fassaden. Der Fluß der Menschen ist verödet; wie stets des neuen Unwetters gewärtig, laufen sie unsicher dahin, oft stehen bleibend, sie bilden Haufen und betrachten die Stätten der Verwüstung. Die Drähte der Straßenbahnen liegen auf den Schienen, die Häuserwände sind zum Teil wie polternarbig von den Einschlägen, an einigen Stellen liegt das Innere der Häuser bloß wie das Eingeweide großer toter Tiere.

Ganz am Ende der Straße ist eine Vorratslade. Ein umgestürzter Röllwagen, einiges Hausgerät, Säcke mit Paterfäden und Gemüse. Man denkt an den gütigen Jwed dieser Dinge, daß sie den häßlichen, sinkenden Wegwurf neuer Verwertung zuführen sollten, daß auf diesem Tisch ein müder Arbeiter seinen Elbogen stütze, wenn er seine große Abendsuppe einnimmt, man rechnet, wieviel hungrige Kinder an diesem Nahrungsmittel ihre kleinen Hungerwangen aufschließen könnten.

Der reine Wahnsinn grinst aus dem Bild der Straße, die so voll Mendenen Lichtes ist, das nur noch höhnischer die Wunden des Kampfes erscheinen läßt. Vielleicht haben — vor Stunden — ein zu Tod getroffener Mann, ein sterbendes Kind zum letztenmal die Heberfüße von Sonne, erkannt mit brechemdem Auge, wie wenig menschlicher Wahn die ewigen Kräfte des Lebens liebt.

Unendliche Traurigkeit durchdringt das Herz. Hier lange unendliche Jahre haben die Menschen dem Krieg gebietet, der die blühende Jugend froh und die Geschlechter der Dabeingeblichenen aushöhlte. Friede! schrie es aus jeder fühlenden Brust, und über den Schmerz und die bangen Gedanken der Niederlage hinaus schwingt doch die Qual, die endlos und gemartert. Es fällt kein Mensch mehr durch Menschen...

Und nun heulen und pfeifen Kugeln und Granaten durch die Gassen der Heimat...

Soll der Nord erst mit dem letzten der Lebenden verschwinden?

## Die Waffensuche.

Besonders zwischen Andreasstraße und Rüstener Platz fand man große Mengen von Waffen und Munition. In einem Keller waren verstreut: 1 leichter Minenwerfer, 1 Maschinengewehr, 1 Flammenwerfer, mehrere Gewehre sowie eine größere Menge Munition. In derselben Gegend wurden an verschiedenen Stellen die Leichen von Regierungssoldaten in Kellern gefunden. Im Osten und in Dichtenberg wurde während der Nacht zu Donnerstag und am Donnerstagvormittag noch häufig geschossen. In einer Neuföhler Gastwirtschaft wurden laut RAB 2 Karabiner und viel Munition gefunden.

Im Krankenhaus Am Friedhofsbahn wurden während der Kampfstage 518 Verwundete eingeliefert, 420 davon hatten schwere Verletzungen. Hierunter befanden sich 52 Soldaten. In diesem Krankenhaus sind insgesamt 118 Tote eingeliefert worden, davon sind 14 Militärpersonen, sowie 18 nicht identifizierte Weichen. Auch mehrere Frauen, besonders ältere sowie zwei Knaben von 10 Jahren befinden sich darunter. Die Leichen befinden sich in drei Baracken. Ein Teil ist vom Stadtanwalt zur Beerdigung bereits freigegeben worden.

Es ist während der Kampfstage wiederholt vorgekommen, daß auf die durch die rote-Kreuz-Flagge gekennzeichneten Krankentruppen geschossen wurde. Mehrere Krankentruppenführer wurden getötet. Hierunter befindet sich je ein Fahrer von der Firma Mühlhöl und vom Verband für erste Hilfe.

Die Berliner Feuerwehr hat am Mittwoch 41 Verwundete und 48 Tote aus dem Kampfgebiet des Ostens und Dichtenberg abgeholt. Unter den Toten befanden sich mehrere Russen und Matrosen. Von der Rettungsgesellschaft und dem Sanitätspersonal wurden 8 Tote und 36 Verwundete bis abends um 6 Uhr beigegeben, darunter auch mehrere unbeteiligte Zivilpersonen.

Aus der Zionskirchstraße 53 im Norden mußten am Mittwoch mehrere Tote abgeholt werden, die dort gefallen waren. Ferner aus der Lantagstraße 12 zwei Tote und zwei Schwerverletzte von der Ecke der Koppenstraße und des Grünen Weges.

## Das Standrecht.

In der gestrigen Landesversammlung der U- und S.-Räte Groß-Berlins behauptete Herrurt (Kommunist), daß seine Parteigenossen Pogirtus und Dr. Ernst Mayer, sowie in einem Bezirk 12 Funktionäre der R.P. erschossen worden seien.

In Lichtenberg wurde Julian Vorkardt, der Herausgeber der kommunistischen Zeitschrift „Kämpfer“ festgenommen. Gestern mittags 12 Uhr wurde auf dem Hofe des Neuföhler Polizeipräsidiums ein Mann, der im Kampf gegen die Regierungstruppen betroffen worden war und der sich auch des Mindernd schuldig gemacht hatte, standrechtlich erschossen.

Aus Lichtenberg wurden durch die Truppen gestern nachmittags noch 66 Gefangene in das Polizeipräsidium eingeliefert, die sich an den spartakistischen Unruhen beteiligt hatten. Zum Teil wurden sie aus ihren Wohnungen geholt, in denen sie noch Waffen verborgen gehalten hatten. Unter den Gefangenen befinden sich 10 Frauen und Mädchen, die den Spartakisten bei ihren Kämpfen Patronen zugetragen und die Gurle der Maschinengewehre gefüllt haben sollten. Eine weitere Anzahl Personen wurden durch eine Militärpatrouille in dem Lokal der „Roten Fahne“ festgenommen. Sie sind von Breslau und anderen Städten Oberschlesiens hergekommen, um mit ihren Berliner Parteigenossen die Verbindung aufzunehmen und nach dem Verbleib einiger verschwundener Führer zu forschen. Sie wurden ebenfalls nach Moabit gebracht.

## Die Unschuldigen.

Die „Freiheit“ und die U. S. P. lebten jede Mißguld an den gewalttätigen Vorgängen der letzten Tage ab. In einer unabhängigen Wahlversammlung, etwa 8 Tage vor der Stadtverordnetenwahl, in der Aula der Gemeindefeule Schönflieger Straße 7, sagte Herr Juchacz, dem Sinne nach: Die Revolution ist nicht tot; die Revolution lebt. Wenn ihr draußen 4 1/2 Jahre lang für die Interessen anderer gekämpft habt, dann werdet ihr, wenn in nächster Zeit der Ruf an Euch ergeht und, wo es sich um Euer eigenes Interesse handelt, auch Euer Leben einzusetzen wissen. Darauf hinter mir ein Jubler zu seinem Freund: „Du, da gehen wir aber noch mal mit!“

Ist Herr Juchacz nicht Mitglied der U. S. P.? Was sagt die U. S. P. dazu?

## Die „Volksmarine“.

Ich kam am Abend des 4. März etwa 8 Uhr am Marinehaus vorbei, als dort ein Matrose an eine größere Anzahl verlassener Matrosen und Zivilisten meist jüngerer Leute, eine Ansprache hielt, aus der ich im Vorbeigehen — die Passanten wurden so sofortigen Weitergeben angehalten — entnehmen konnte, daß „vorerst noch nichts zu tun sei, die Parole komme aus der Jakobstraße“. Auffallend war dabei, daß schon einige junge Juristen in Zivil Gewehre über die Schulter gehängt trugen. Der Ausgang des Brandenburgers Ufers nach der Brändenstraße war mit einem Wachposten besetzt.

Am 6. März standen an den Vapierrollen-Varrickaden in der Nähe des Marinehauses neben Matrosen bewaffnete Zivilisten Posten.

## Die Fernzüge.

Vom Westen und Osten fahren bereits seit gestern nachmittags wieder über die Stadtbahn. Heute, den 14. dieses Monats vormittags hofft die Eisenbahndirektion auch den Ring- und Vorortverkehr nach dem Schlesiern Bahnhof wieder aufzunehmen zu können. Tagegen muß der Stadtbahnverkehr zwischen Schlesiern Bahnhof und Charlottenburg vorläufig noch ruhen. In der Umgebung der Eisenbahnhauptwerkstätten Berlin 1, am Matrosenhaus kann die Arbeit heute früh wieder aufgenommen werden. Der Personenverkehr dürfte heute in demselben Umfange wieder aufgenommen werden, wie er vor dem 6. d. Mts. durchgeführt wurde. Dagegen wird der Güterverkehr nicht sobald wieder in Ordnung kommen, weil durch die Störung im Güterverkehr größere Automotoren von Gütern aller Art auf den einzelnen Güterbahnhöfen eingetreten ist.

## Gehheimnisvolle Fliegerbomben.

Gegenüber der Behauptung, daß Flieger auf eine Ansammlung harmloser Zivilisten am Friedhofsbahn am Anfang der Börgowstraße Bomben abgeworfen, 10 Personen getötet und viele verwundet hätten, erklärt R.A.B., daß bisher kein Regierungsschlagzeug innerhalb des Reichsbildes Berlin Bomben abgeworfen hat, auch wäre aus Flugzeugen bisher auf Menschen kein Schuß abgegeben.

## „Spartakistenputsche in Weißensee.“

In dem im „Vorwärts“ vom 10. März erschienenen Bericht teilen uns die E. P. D.-Gemeindevorsteher mit:

Es wurde hier das Gerücht verbreitet, das Rathaus solle in der tragischen Nacht gestürmt werden. Die Rathauswache, die von dem hier einquartierten Detachement „Liebe“ der Republikanischen Schütztruppe gestellt wurde, befand sich in sehr begeisteter Erregung. Eine Zivilperson, die durch einen einwandfreien Zeugen beobachtet wurde, aus einer kurzen Handfeuerwaffe mehrmals in die Luft. Hieran wurde von der Rathauswache ein bestiges Feuer auf die menschenleere Umgebung des Rathauses eröffnet. Verluste sind nicht eingetreten, da eben keine Angreifer vorhanden waren.

Am Rathaus sind weder Einschläge noch Beschädigungen, die von einschlagenden Geschossen herzuführen könnten, festzustellen. Wohl aber weist das umgebende Eisenblech zwei Schußlöcher auf, die aber zweifellos von Schüssen, die die Wache selbst abgab, herühren.

Einschläge und Beschädigungen am Antonplatz haben in der fraglichen Nacht nicht stattgefunden.

(Zum d. Red. Auch jener Bericht war von uns einer sonst zuverlässigen Korrespondenz entnommen und die telefonische Nachprüfung war unmöglich.)

## Aus Ehenid

Schreibt uns der Arbeiterrat, daß der dortige Bahnhof nicht von Spartakisten besetzt war noch Veränderungen vorgekommen sind. Wir hatten diese Meldung gleich vielen anderen, sonst zuverlässigen Korrespondenzen entnommen.

## Neuföhler.

Eine einzige Straßenbahnlinie fährt nach 9 Uhr abends von Berlin nach Ort und zwar die 55. Letzter Wagen ab Behren-, Ecke Charlottenstr., um 1 Uhr 15 nachts.

## Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes in Neuföhler.

Da in Neuföhler Ruhe eingetreten ist, ist der über Neuföhler und Ort verhängte verschärzte Belagerungszustand aufgehoben worden. Er gilt nur noch bis heute mittags 12 Uhr. Der Befehlshaber Neuföhler, v. Neuföhler kündigt zugleich an, daß er gegen jeden einschreiten werde, der den Frieden von Neuföhler und den Arbeitswillen (?) der Bevölkerung stört.

## Poste-Ausweis.

Immer wieder verlassen die Behörden in die Verwirklichung für neue Ausweise u. dgl. eine einzige Ausgabebehörde für die Biermilchionsstadt zu bestimmen. Sogar bei der Reiseerlaubnis war es zuerst so und jetzt gibt es die sog. „Poste-Ausweise“ nur auf der Kommandantur. (Als der Postquartier noch altnächtig war, hat er es genau so gehalten.) Dieser Zustand bedeutet für die Leute, die solchen Ausweise brauchen, eine elende Pein. Jedes Postquartier könnte das ebenso gut, wenn nicht besser besorgen.

## Waffenscheine.

Es häufen sich die Klagen, daß die Waffenscheine, welche von den Delegierten des Soldatenrats des Großen Generalstabs, Herrn Hübe und Herrn Bernede, ferner von den Dienststellen und von der Kommandantur genehmigt sind, von den Freiwilligen-Korps nicht anerkannt werden. Laut Bestimmung der Kommandantur sind diese Waffenscheine rechtskräftig. Im gegebenen Falle ist der Kommandantur Meldung zu machen und der Name des betreffenden Postens bzw. Offiziers anzugeben. Der U- und S.-Rat des Großen Generalstabs.

Gensse Brulat teilt uns unter Bezugnahme auf die in der Morgennummer des „Vorwärts“ veröffentlichte Redaktionserklärung über die Vorklärung des „Vorwärts“ mit, daß der Bericht, den die „Freiheit“ über die Vorklärung der Vorgänge veröffentlicht habe, nicht vom Volksguardat herrühre, sondern der Extrakt einer Unterhaltung sei, die Wegmann mit Dr. Hiltzsch gehabt habe.

## Groß-Berlin

### S. P. D.-Arbeiterräte!

Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: Fraktionsführung im Plenarsaal des Herrenhauses. Der Fraktionsvorstand. Quase.

„Verweigerter Hilfeleistung.“ Herr Dr. Rossmann hat uns über den von uns in Nummer 133 geschilderten Vorfall dahin Aufklärung gegeben, daß er seine Hilfeleistung gegenüber dem Bezirksfeldwebel Franke nicht abgelehnt hat. Er hatte sich nach sechsstündiger anstrengender Arbeit zu kurzer Erholung hingelegt und erklärte dem Soldaten, der ihn belien wollte, daß für Kranke das beste wäre, wenn er schnellst mit einem Auto zur nächsten Rettungswache gebracht würde, die für beratige Fälle besondere Einrichtungen hätte. Wäre das nicht sofort zu ermöglichen, so würde er selbstverständlich zur Verfügung stehen. Der Soldat ist nicht wiedergekommen. Hiernach erledigt sich wohl die Beschwerde wegen verweigerter Hilfeleistung.

Die Straßenbahner vom Bahnhof 10, einschließlich technischer und Oberleitungspersonal, etwa 400 Personen, haben folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung beschließt, die bürgerlichen Blätter infolge der heberischen Artikel gegen die Straßenbahner aus ihren Reihen zu entfernen und bei den anderen Kollegen dahin zu wirken, das Gleiche zu tun.“

Gesetzlicher Preisprüferausweis! Ledenerhaber, denen ein Preisprüferausweis für Frau Gertrud Wieje, Schöneberg, Wenzelstr. 1, vorgehalten werden sollte, mögen den Vorgelegten festnehmen. Der Ausweis ist von Einbrechern mitgenommen worden.

Arbeiter-Samariter-Bund. Den Mitgliedern und Freunden zur Kenntnis, daß das Stiftungsfest morgen, Sonnabend, nicht stattfindet. Näheres wird bekannt gemacht. Beste Wünsche behalten für später ihre Gültigkeit.

Dr. Bruno Wille spricht (an je 5 Abenden 7/8, vom 17. März an) Niederwallstr. 12 (Spittelmarkt) Montags über Feuerkünden mit deutschen Dichtern (vorklärte Blüte, mit Regitation); Dienstags baselst über Faust. Zweiten Teil (gelesen und erklärt); Freitags Reichstagsbeschluss (6. Bahn, Reichsgericht) über Weltanschauungfragen des täglichen Lebens.

Der Männergesangsverein „Kamenlos“ veranstaltet diesen Sonntag, abends 7 Uhr, in der Singakademie ein Frühlingskonzert mit sehr gewähltem Programm. Bittet uns noch an der Abendkasse. — Die Sänger werden auf die Übungsstunde im Gewerkschaftshaus aufmerksam gemacht. Vergl. Anzeige.

Öffentliche Kundgebung von den wirklichen Völkerverbund am Sonntag, nachmittags 5 Uhr, im Herrenhaus. Redner: Erbsberger, Prof. Schäding und Legien.

Die Juristische Sprechstunde fällt am Freitag, den 14. März, aus.

## Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. R. S. E. Bis Montag in den Begleitern der 24., 25., 26., 27., 28. und 40. Großkommission 125 Gewann. — Jücker. Der vom 1. April ab (einen Jücker von einem anderen Kleinbändler als bisher belegen will, muß die Ummeldung vom 15. bis zum 25. März beantragen. Die Kleinbändler sind verpflichtet, die Kontrollabschnitte derjenigen Jückerkarten, mit welchen ein Wechsel des Kleinbändlers vorgenommen werden soll, den Bezugsberechtigten herauszugeben. Diese Kontrollabschnitte sind denjenigen Kleinbändlern, welche vom 1. April ab Jücker liefern sollen, zu übergeben und von diesen mit dem Vermerk „Ummeldung“ und ihrer Firma versehen der Jückerverorgungsstelle Kommandantenstraße 808/1 bis zum 6. April einzurichten. Die Jückerverorgungsstelle stellt die Kontrollabschnitte nach Kenntnisnahme des Kleinbändlers zur Einordnung in die Kundenlisten wieder zu.

Spandau. Die Stadtverordneten traten gestern zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Nach der Einführung durch den Oberbürgermeister Köhlsche wurden Lehrer Kramm (Soz.) zum Vorsitzender, Werkzeugschmied Fisch (U. Soz.) zum Stellvertreter gewählt. 1. Schriftführer ist ein Unabhängiger, den zweiten Schriftführer stellen die Bürgerlichen. Beisitzer ist der Sozialist Simon. Die Demokraten gingen leer aus. Es wurde dann der Antrag der beiden sozialdemokratischen Parteien, die Wahl des ersten Bürgermeisters durch Ausschreibung vorzunehmen, angenommen.

Wilmersdorf. Die erste Stadtverordnetenversammlung hatte nur das Bureau zu wählen. Als Vorsitzender wurde gewählt mit 44 von 66 Stimmen ein Mitglied der demokratisch-deutschen nationalen Fraktion, Ingenieur Padian. Als Stellvertreter wurden erforsen Handlungsgeselle Doppel (S. P. D.) fast einstimmig und Rechtsanwalt Dr. Koppe (Reichswehr) mit 31 Stimmen. Wilmersdorf hat also als neue Gemeinde zwei statt einen Vorsteher-Stellvertreter. Als Beisitzer wurden gewählt Dr. Heise (Reichswehr), Schell (S. P. D.), Leibholz (Reichswehr) und Frau Haber (U. S. P. D.).

## Aus aller Welt.

### Raubüberfall in Göttergog.

Vier Militärpersonen drangen in das Gangehäus von Kullmen in Göttergog. Mit vorgehaltenem Revolver wurden die Bureauinhaber gezwungen, 1000 M. an die Räuber abzugeben. Darauf wurden Telegraphendrähte durchschnitten. Zwei der Bureauinhaber wurden ein Taschentuch in den Mund gesteckt und die Hände auf dem Rücken an einem Stuhl gefesselt. Die Verbrecher entliefen.

Berlin C  
Breite Straße

# Rudolph Hertzog

Berlin C  
Brüderstraße

Von heute, den 14. März ab, ist der Zugang zu meinem Geschäftshause über Spittelmarkt-Vertraudtenbrücke frei. Geschäftszeit von 9 bis 6 Uhr.

**Opernhaus Siegfried.**  
Anfang 7 Uhr.

**Schauspielhaus**  
Nina von Barnheim.  
Anfang 7 Uhr.

**Volksbühne**  
Theater am Bülowplatz.  
Direktion Friedrich Kayler.  
7 1/2 Uhr: Gas.

Direktion Max Reinhardt.  
**Deutsches Theater.**  
7 Uhr: Wie es euch gefällt.  
Sbd. 7: Wie es euch gefällt.

**Kleines Schauspielhaus**  
Pasanenstr. 1, Port 3.  
7 1/2 Uhr: Die Büchse der Pandora.  
Sbd. 7 1/2 Uhr: Die Büchse der Pandora.

**Theater l. d. Königgräberstraße**  
Dir.: C. Meißner-R. Bernauer  
7 Uhr zum ersten Male:  
Der Biberpelz.

Diebstahlkomödie in 4 Akten  
von Oernst Hauptmann.  
Sonntag: Der Biberpelz.  
Montag: Katzensteg.  
Dienstag: Musik.  
Dienstag: Der Biberpelz.

**Komödienhaus**  
an der Marschallbrücke  
7 1/2 Uhr: Erdgeist.  
Sonntag: Fünf Frankfurter.  
Montag: Fünf Frankfurter.  
Dienstag: Erdgeist.  
Mittwoch zum ersten Male:  
Der Feldherrnhügel.  
Schauspiel in 3 Akten v. Roda  
Roda und Karl Rosler.

**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: Sterne,  
die wieder leuchten.

**Theater der Friedrichstadt.**  
Eds. Heineke u. Einarstr. 10  
Rothem. 8890.  
Täglich 7 1/2 Uhr:

**Drei tolle Tage.**  
Operette von Jostig.

**Walhalla-Theater.**  
7 1/2 Uhr:

**August der Starke.**

**Rose-Theater.**  
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.  
Gastsp. d. Friedr.-Wilh.-Theat.

**Frlanor-Theater.**  
Bbl. Friedrichstr. 21. 4927. 29-1  
Tägl. 8 Uhr. Heute z. 178. Male:

**Der gute Ruf**  
von Hermann Sudermann.  
Hugo Flink, Bruno Kastner,  
Ida Wink, Franz Schnepf.  
Sonnt. 4 U.: Schneewittchen.

**Casino-Theater.**  
Bottch. Str. 17. Tägl. 7 1/2 Uhr.  
Der Schläger der Solisten:  
Das neue Berliner Bolshoi

**Bater Knolle.**  
Sd. 9 1/2 Uhr. Heute z. 178. Male.

**Residenz-Theater.**  
Untergrund, Klosterstraße,  
Ausgang Stralauer Straße.  
Täglich 7 1/2 Uhr:

**Das höhere Leben.**  
Von Hermann Sudermann.  
Spielleitung: Alfred Rötter.  
Hanni Arnstädt, Karl Cieswig,  
Eugen Burg, Olga Liebberg,  
J. Falkenstein, Emma Debus,  
Rosa Valetti, Paul Blodt.

**APOLLO**  
Theater  
Friedrichstraße 218  
Dir.: James Klein  
Abend. 7 1/2 u. 9 Uhr.  
Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr.

**Abdankung**  
des  
**Maharadscha**  
Grosse Valeté-Aus-  
stattungs-Schau.  
Persönl. Ausrüstung  
d. berühmten dänisch  
Filmschauspielers  
**Viggo Larsen.**  
Lucie Blattner  
als Liebhaberin.  
H. Horsten, Fr. Rauch  
arab. Springer.  
10 Pyram.-Darsteller.  
Battys Härengruppe.  
Chinesische Musiker.  
Sonntags 3 1/2 u. jed.  
Erwachs. 1 Kind frei!  
Theater, ununter-  
brochen.

**Busch**  
Tgl. 7 1/2 Uhr. Sd. 9 1/2 u. 7 1/2 u.  
Das gr. Märzprog. in 2.  
Preislos! Diebstahl in ihr.  
belden Häresisdamen.  
Orientalische Tempelkämpfe.  
2. Teil: Roseneschlachten.  
Treffl. Comp. Schwesinger  
Linder. 2. Mißwerk.  
Direktor-Familie Althoff  
nur noch bis 15. März usw.  
Zum Schluß: „Oberon“.

**Reichshall-Theater**  
Abend 7 1/2 Uhr u.  
Sonnt. 3. 3.  
**Stettner**  
**Sänger**  
Sim. halbe St.

**Lessing-Theater**  
Direktion: Victor Barnowsky  
7 Uhr: Der rote Hahn.  
Sonntag: Der rote Hahn.  
Sonntag: Der rote Hahn.

**Deutsches Künstler-Theater.**  
7 Uhr: Der Schöpfer.  
Sonntag: Der Schöpfer.  
Sonntag: Der Schöpfer.

**Luisen-Theater.**  
**Hasemanns Töchter**  
3: Hasemanns Töchter  
7: Wilhelm Tell

**Theater am Kotbuser Tor.**  
Ab 1. März tägl. abds. 7 1/2 Uhr:  
Die große Reue!  
Über 100 Bühnenrollen!

**Die lustigen Bagabunden.**  
Sonntags 7 1/2 Uhr u. 7 1/2 Uhr:  
2 Aufführungen.  
Roda hat jeder Erwähnung  
1. Stück frei! 115000  
Ermäßigte Eintrittspreise.

**Winter-Garten**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Variété-Spielplan**  
Rauchen gestattet!

**Intimes Theater**  
am Nollendorfsplatz.  
Bülwerr. 6. Litzov 2333.  
Das neue  
März-Programm.  
Erstklassige  
Spezialitäten.

**Der beliebteste Erfolg!**  
**Hyänen der Luft**  
2. Teil  
Der Weg, der  
z. Verdammnis  
führt  
von  
Julius Sternheim  
Regie:  
Otto Rippert

Durch ein Vorspiel ist  
der 2. Teil des Films:  
„Der Weg, der zur  
Verdammnis führt“,  
ohne weiteres auch  
dem Publikum ver-  
ständlich, welches den  
1. Teil nicht gesehen  
hat.

Vorverkauf 11-1 Uhr.  
Ehrenkarten haben  
keine Gültigkeit.

**5, 6, 45, 8, 30**

**Laurentien-PALAS**  
Das  
Geheimnis  
des  
Amerika  
Docks  
Der Detektiv-  
Max  
Landa  
Regie:  
E. A. Dupont.  
Vorst. 5, 6, 45, 8, 30

**Circus Busch**  
Tgl. 7 1/2 Uhr. Sd. 9 1/2 u. 7 1/2 u.  
Das gr. Märzprog. in 2.  
Preislos! Diebstahl in ihr.  
belden Häresisdamen.  
Orientalische Tempelkämpfe.  
2. Teil: Roseneschlachten.  
Treffl. Comp. Schwesinger  
Linder. 2. Mißwerk.  
Direktor-Familie Althoff  
nur noch bis 15. März usw.  
Zum Schluß: „Oberon“.

**Reichshall-Theater**  
Abend 7 1/2 Uhr u.  
Sonnt. 3. 3.  
**Stettner**  
**Sänger**  
Sim. halbe St.

**Theater für Freitag, den 14. März.**  
**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.  
7 Uhr: Die verkaufte Braut.

**Friedr.-Wilhelms-Th.**  
7 1/2 Uhr: Hannele.  
**Das Dreimäderlhaus**  
2. Teil.

**Kleines Theater.**  
7 Uhr: Jettchen Gebert.

**Komische Oper**  
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmüdel.

**Lustspielhaus**  
7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.

**Neues Operettenhaus**  
Schiffbauerd. 4a. Norden 281.  
7 1/2 Uhr: Die keusche Susanne.

**NATIONAL-THEATER**  
Die Kinopuppe.  
Burlaske in 3 Akt. v. Leonh. Hasek. Musik v. W. Bromme.  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Zwei Wappen. Blumenthal u. Kadelburg.

**Beethovenaal, Sonntag, 16. März, 7 1/2 Uhr:**  
Einmaliger heiterer Abend  
**Marcell Salzer**  
Karten: Bote & Bock u. A. Wertheim (131/14)

**Theater i. d. Königgräber Straße**  
Seite 7 Uhr: 14000  
Zum ersten Male:

**Der Biberpelz**  
Eine Diebstahlkomödie in 4 Akten  
von Gerhart Hauptmann.  
Quartett der Stellen:  
Hr. Lehmann, Reinhold Schünzel, Hermann  
Böhm, Leonhard Kastel, Gustav Boh, Herbin,  
von Allen, Hans Wierand, Grete Dierck,  
Gellmuth Balke, Richard Leopold.

**Sing-Akademie Kastanienwäldchen.**  
Sonntag, den 16. März 1919:  
Frühjahrskonzert  
des  
Männergesangsvereins „Namenlos“ (M.G.A.S.-B.)  
Chormeister: Emil Thilo. 667

Mitwirkende:  
Frl. Lisa Heckenbach (Violine), Herr Max Rothenbücher (Bariton),  
Herr Bruno Weyersberg (Fagott).  
Eintrittskarte 1,25 M., an der Kasse zu haben.  
Anfang pünktlich 7 Uhr.  
Achtung! Säuger!  
Sonntag, 16. März, abds. 7 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 3:  
Übungsstunde.

**METROPOL**  
KABARETT  
SCHNITTSTREIFEN  
Trade  
Hesterberg  
**Robert Stoldi**  
Yo Larte  
Der sprechende  
Hund  
Leopold Byron  
Lajos Rigos  
Adolf Kernbach  
u. a. m.  
Gygyel-Konzerte  
Warme Küche  
Schluß-Tanz.

**Central-Park**  
am Bbl. Friedrichstr.  
Schleifenbahn  
Figur-8-Bahn  
Berg- und Talbahn  
Taufun-Rad  
Ab 1. März:  
! Hippodrom-Noblesse!  
Werktags ab 4, Sonnt. 3 U.

**Admirals-Kino**  
Die Kieptomania  
mit  
**Maria Widal**

**Blüthnerpiano**  
gebraucht, billig. Preis erstl.  
10 3. Scauzille, 1700-1819  
Blüthnerpiano, Blüthner, 4a,  
u. Wiegandstr. 37, Wiegandstr.

**Kinderreiche Handwerker.**  
Die Lust haben, auf dem Lande zu wohnen, werden  
gerne, ihre Absichten einzureichen unter Nr. 14  
an die Exped. dieser Zeitung. Eine häßliche Wohnung  
mit einem Morgen großen Hof- und Gemüsegarten  
wird gestellt. Auch wird ein gutes Ein-  
kommen garantiert. — Vorlaufung können noch be-  
schäftigt werden. 14550\*

**2 Schlosser oder Mechaniker**  
**1 Elektrotechniker**  
**1 Zimmerleute**  
**3 Tischler**  
**2 Anstreicher**  
**1 Polsterer oder Sattler.**

**Metropol-Theater.**  
7 Uhr 10: Die Faschingsfee.  
Sonnt. 3 Uhr: Wiener Blut.

**Palast-Theater**  
7 Uhr: Christus  
mit Ludwig Wöllner.  
Schiller-Theat. Charl.  
7 1/2 Uhr: Anatol.

**Thalia-Theater**  
7 1/2 Uhr: Polnische Wirtschaft.

**Th. am Nollendorfsplatz**  
7 Uhr: Wo die Lerche singt.

**Theater des Westens**  
7 1/2 Uhr: Madame Sherry.

**Wallner-Theater**  
7 1/2 Uhr: Geisha.  
Std. 3 1/2: Graf v. Luxemburg.

**Bekanntmachung**  
betr. Kartoffelabgabe.

I.  
In der Woche vom 10. bis 16. März 1919  
dürfen auf die 10 grün schraffierten Abschnitte  
11a bis 11e der Kartoffelliste fünf Pfund Kar-  
toffeln abgegeben und entnommen werden.

II.  
Die 4 weißen grün gekreuzten Abschnitte 11f  
und 11g der Kartoffelliste werden für ungültig  
erklärt, hierauf dürfen keine Kartoffeln  
verabfolgt werden, auch nicht in Gast-, Schank- und  
Speisewirtschaften, Einrichtungen der Volksspeisung,  
Kantinen gewerblicher Betriebe oder anderen wohl-  
tätigen Speiseeinrichtungen.

III.  
In gemeinnützigen Speiseanstalten, Kantinen  
gewerblicher Betriebe sind für die Woche vom  
10. bis 16. März 1919 bei Entnahme einer ganzen  
Portion vier der für diese Woche gültig erklärten  
Abschnitte und bei Entnahme einer halben Portion  
zwei solcher Abschnitte abzutrennen.

In Einrichtungen der Volksspeisung sind für  
genannte Woche sieben Abschnitte bei Entnahme  
einer ganzen und 8 1/2 Abschnitte bei Entnahme  
einer halben Portion abzutrennen.

Berlin, den 8. März 1919.  
Magistrat.  
Weismuth.  
Erl.-Nr. 178 Kart. 19.

**Achtung! Achtung!**

## Arbeiter

Auf Grund des Abkommens mit der Ge-  
werkschaftskommission für Berlin und Um-  
gebung: Arbeiter der Metallindustrie, des  
Transport- und Fuhrwesens, der Chemischen  
und Bauindustrie, sowie der Industrie für  
Steine und Erde aus Betrieben, die weniger  
als 40 Arbeiter beschäftigen, erhalten

## billige Kleidung

gegen Abgabe eines Bezugsscheines und eines  
Ausweises vom Arbeitgeber in der  
R.V.G. Abteilung für Arbeiterversorgung  
Berlin SW, Kommandantenstr. 80/81.  
Verkaufszeit 9-5 Uhr.

**Die Garde-Train-Abteilung**  
Berlin-Lankwitz  
stellt sofort Freiwillige ein

a) für Trainformationen des Grenzhütes (Kolonnen, Bäckerei-  
Kolonnen, Feldküchenabteilung),  
b) für den Bestalldienst.  
zu a) werden aufgenommen: Unteroffiziere besterem  
Waffen, Fahnenführer, Lehrer von Hof und Sattel,  
unverheiratete Schmiede, Sattler, Schmiedegeräten,  
Schmiedewerkzeug, Metallarbeiter, auch Oberbäder, Fecht-  
schlichter. 1903

zu b) Mannschaften aller Waffengattungen.  
Bedingungen: Unbedingte Verpflichtung zu jedem  
Arbeits- und Ausbildungsmaßstab und außerhalb des  
Korfers, unbedingter Gehorsam und Disziplin sowie absolute  
Bereitschaft zum Schutze der Regierung.

Die Mannschaften zu a) erhalten neben freier Verpflegung  
und Unterkunft noch Entlohnung in wöchentlichen  
monatlichen, 5 M. wöchentliche Zulage und nach Ueberweisung  
der Rekrutierung eine Transportsumme von 30 M. für den ersten  
Monat, während für jeden weiteren Monat um 5 M. bis zum  
Gesamtbetrag von 60 M.

zu b) während der Dienstzeit und 5 M. tägliche Zulage  
bei freier Unterkunft und Verpflegung. Bekleidung wird ge-  
währt. Mitbringens von Uniformen ist erzwungen, die ent-  
weder zum Abgabenswert übernommen werden oder für  
deren Benutzung eine tägliche Entlohnung von 0,75 M. bis  
zum Höchstbetrag von 90 M. bezahlt wird.

Werbung inwieweit oder inwieweit an der Geschäfts-  
stimmer der Garde-Train-Abteilung Berlin-Lankwitz.  
Militärspitzen sind vorzulegen.

**Nation edler ostpreussischer Pferde**  
Remontefahrtung 1919  
am Dienstag, 12. März 1919  
in der Reitbahn der Ulanen-  
kaserne zu Stallpönnen.  
Es kommen zur Auktion:  
ca. 200 dreijährige  
und ältere Pferde.  
Jedermann zur Auktion zu-  
gelassen! 19011

Ausfuhr u. Verladung kann nach ganz Deutschland erfolgen.  
Zum Erwerb erstklassigen Zuchtmaterials sowie von  
Reit- und Wagenpferden ist Gelegenheit gegeben.  
Auktionsbeginn: am 12. März von 9 Uhr ab. Verladung im  
Stall; 9 Uhr ab Verladung an d. Hand; 10 Uhr Beginn der  
Auktion. — Der Verkauf findet nur gegen bar oder Scheck-  
auf den Bank der ostpreussischen Landbank statt.  
Auktionsbetriebsstelle sind gegen Einzahlung von 2 M. durch  
die Bankhandl. u. H. Krotke (Stallpönnen-Offiz.) zu beziehen.  
Der Beizeln der Pferdebesitzer des Reiches Stallpönnen.  
Der Vorstand: J. K. Ebbinghaus-Amalienhof.

**Nerven- und Stoffwechselliden**  
Nervenschwäche, Licht, Abnorma, Überverteilung,  
Wagen, Darm-, Leber- und Herzleiden.  
Erfolgreiche Eigenbehandlung ohne Verstoßung.  
Sprechstunden 9-10 1/2, 3-4 1/2, Sonntags 10-11 Uhr.  
Kurzliche Heilung vom. Sanitätsrat Dr. Welfe's  
Ambulatorium, Berlin, Potsdamer Str. 123b.

## An die Arbeit

muß das deutsche Volk. Alle Männer und Frauen  
müssen danach trachten, ihre Kräfte und ihre Fähig-  
keiten zu erhöhen, um durch die Arbeit  
die Schäden und die Wunden des Krieges zu heilen. Das  
beste Mittel, sein Wissen zu erweitern und damit seine  
Lage zu verbessern, bietet eine umfassende Allgemein-  
fachliche Bildung. Rasch und gründlich führt die Methode  
„Rustin“ (5 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Pro-  
fessoren als Mitarbeiter) jeden Vorwärtstreibenden ohne  
Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung  
des einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht.  
Wissensch. geb. Mann, Wissensch. geb. Frau, Geb. Kauf-  
mann, Die geb. Handlungsgehilfin, Bankbeamte, Einj.-Freiw.-  
Prüf., Abit.-Examen, Gymn., Realgymn., Oberrealschule,  
Lyzeum, Oberlyz zum Mittelschullehrerprüf., Zweite Lehrer-  
prüf., Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Acker-  
bauschule, Präparand., Konservatorium. Ausführliche 69 S.  
starke Broschüre über beständige Examen, Beförderungen  
im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenlos durch  
Bonneß & Hachfeld, Potsdam, Postfach 224.

## Möbel-Misch

Große Frankfurter Straße 45-46.

## Haussalbe

als Helfer in der Not.  
Arztlich erprobt und empfohlene Wund- und Heil-  
salbe gegen Wunden jeder Art, Schnittwunden,  
Hautjucken, Hämorrhoiden, Hautausschlag (Bart-  
schneide), Wundsein der Kinder, wunde Hände.  
Preis der Tube M. 2.50; Probetube M. 1.75.  
Viktoria-Apothek 11, Berlin SW 48, Friedrichstr. 13.

## Hygiene der Ehe

Arztlicher Führer für Braut- und Eheleute  
von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Berlin.  
Aus d. Inhalt: Ueber die Frauenorgane, Körperliche  
Ereignisse und Unmöglichkeit, Gebär- u. Stillfähigkeit  
Frauen, die nicht heiraten sollten etc. — Enthaltung  
u. Ausschweifungen vor der Ehe. Ethische Pflichten, Krank-  
heit od. oiygmie? Hindernisse der Liebe etc. — Krank-  
heiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrank-  
heiten, Vorbeugung und Ausrottungsgeschichte. — Körperliche  
Leiden der Ehefrau. Entstehung und Heilung der weib-  
lichen Gebärmutter. Folgen der Kinderlosigkeit. Gefahren  
später Heirats für die Frau. Hysterische Anfälle etc.  
Bezug gegen Einzahlung von 2 M. franko od. Nachn.  
durch Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 305, Berlin NW 87

## Fabrikule Friedrichstadt

bildet Kraftwagenführer aus.  
Erstkl. Wagenmaterial, groß. Lehrsaal, Prospekt gratis.  
Berlin N, Bergstr. 23 (Nähe Friedrichstraße). — Nd. 3321.

## Berufsvormünder

zu liefern. Gelehrter, nicht durchgehende juristische Schulung  
(Ablösung der Rechtslehre, Referendar- oder juristischen  
Doktorprüfung), Erfahrung in (gesetzl. Arbeit und Fähigkeit zu  
selbständiger Führung von Verwaltungssachen, Anleitung auf  
Lebenszeit, Gehalt 2000 M., freizigend in 22 Jahren bis 5700 M.  
und 200 M. pensionfähige Funktionstage; daneben Versorgungs-  
zulagen. Anrechnung anderweitiger Dienstzeit bleibt vorbe-  
halten. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnissen — auch  
von Frauen mit entsprechender Vorbildung — sind bis zum  
15. März 1919 an das Verwaltungsbüro der Stadt Berlin C  
D, Landberger Str. 48/47, zu richten.  
Berlin, den 6. März 1919.

## Zeitungshändler

an allen Orten für den Vertrieb der Reichs-  
„Freie Presse“ gesucht. Berufsvormünder 15 Pf. Be-  
zugsschein 9 Pf. frei best. Richtertausch Exemplare werden  
umgetauscht. Händler in Berlin verkaufen an einem Tage  
über laufenden Geld. Versand gegen Nachnahme. 0761b  
Hans Eähr, Berlin C, Spittelmarkt 7.

## Schlosser

für Yalceschloßbau stellt ein  
**Chemische Fabrik Tempelhof G. m. b. H.**  
Abt. Metallwarenfabrik. Admiralstr. 11.

## Schrlinge

für meine Schloßerei u. Drecherei  
möchten Söhne adorbeter Eltern  
wissen sie werden bei  
Berliner Puppenfabrik  
Wittgensteinschloß,  
Berlin 50 36, Rixdahlstr. 13/21.

## Zeitungshändler

werden fortlaufend einge-  
kauft. Wilhelmstr. 9 I.

## Zeitungshändler

werden fortlaufend einge-  
kauft. Wilhelmstr. 9 I.

## Zeitungshändler

werden fortlaufend einge-  
kauft. Wilhelmstr. 9 I.

## Zeitungshändler

werden fortlaufend einge-  
kauft. Wilhelmstr. 9 I.

## Zeitungshändler

werden fortlaufend einge-  
kauft. Wilhelmstr. 9 I.

# Zum Generalstreik

Am Montag früh sind die Belegschaften sämtlicher Gruben der Braunlohlenbezirke Bitterfeld, Halle, Obergörlingen, Gelsental, Weiskensels, Meuselwitz und Borna ohne jede Begründung zu geben in den Generalstreik eingetreten. Der Beschluß zum Generalstreik ist in einer Bergarbeiterversammlung in Halle am 23. Februar 1919 unter Vorsitz der Mitglieder des Bezirksbergarbeiterrates Koenen, Rausch und Peters gefaßt worden. Vertreter aus Weiskensels, Zeitz und Meuselwitz, die gegen den Streik sprachen, wurden niedergeschrien. Nach Mitteilung des unabhängigen Volksblattes vom 24. Februar trat Steiger Peters für die sofortige Erklärung des Generalstreiks ein.

Die Gründe des Streiks sind rein politischer Natur. Wie aus den Äußerungen der verschiedenen Arbeiterausschüsse auf den Gruben hervorgeht, soll durch ihn ein Druck auf die Regierung dahin ausgeübt werden, daß sie die von dem Bezirksarbeiterrat gewünschten Betriebsräte nach Essener Muster anerkennt, daß die Sozialisierung sofort in Angriff genommen wird, und letzten Endes, daß die gegenwärtige Regierung einschließlich der Nationalversammlung zurücktritt. Von besonderem Interesse ist die Begründung, welche der Betriebsrat der Grube Elise II bei Mächeln schriftlich niedergelegt hat. Sie lautet:

„Sofortige Anerkennung der Betriebsräte, Anerkennung der Räteregierung Bayern, sofortige Einführung auch bei uns. Beseitigung der Reichsregierung und der Nationalversammlung, Anerkennung der Räte auf politischen und wirtschaftlichen Interessen. Das sofortige Eingreifen soll geschehen durch den Vorfall in Bayern und den verschiedenen Verhaftungen, auch über solche in Halle betr. Genossen Ferchlandt, Leutnant. Fall Ferchlandt betrifft besonderes Interesse, da derselbige ein zweiseitiger ist.“

Der Streit um die Betriebsräte währt bereits seit Erlaß der Regierungsverordnung vom 18. Januar 1919. In ihr hat die Reichsregierung in weitgehendem Entgegenkommen den Arbeitern die Einrichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrecht und nach den Regeln der Verhältniswahl zugesagt und die sofortige Wahl angeordnet. Der Hallesche Bezirksbergarbeiterrat, eine ohne Zutun der Bergarbeiter, lediglich offenbar aus persönlichem Ehrgeiz zustande gekommene ungesetzliche Vereinigung politisch auf dem Boden der unabhängigen Sozialdemokratie stehender Männer, von denen die Hälfte überhaupt nie im Bergbau tätig war, hat sich mit dieser gesetzlichen Regelung nicht einverstanden erklärt, sondern eine aufreizende Propaganda unter den Belegschaften auf Einrichtung von Betriebsräten eröffnet, deren letztes Ziel die Sozialisierung von unten sein soll. Der Erfolg dieser Tätigkeit ist der jetzige Generalstreik, dessen Folgen nicht allein für die Industrie Mitteldeutschlands, sondern für die allgemeine deutsche Volkswirtschaft von unheilvollstem Einfluß sein wird.

Der Streik ist systematisch betrieben. Noch am Freitag, z. T. sogar noch am Sonnabend, ist auf den Gruben keinerlei Beunruhigung zu Tage getreten und selbst am Montag haben auf einer großen Reihe der Werke die Arbeiter erklärt, daß sie keine Veranlassung zum Streik hätten und mit ihren jetzigen Arbeits- und Lohnbedingungen zufrieden wären, daß sie dagegen der Gewalt und der Drohung wichen.

Anscheinend sind neben den unabhängigen Führern Spartakusleute und mit russischem Gelde bestochene Elemente die treibenden Kräfte, die den größten Teil der Arbeiterschaft ganz gegen seinen Willen in diese Katastrophe zwingen.

Die Durchführung des Streiks wird in rücksichtslosester Art, z. T. gegen die eigenen Interessen der Arbeiter gehandhabt. Am Montag früh erklärten sich noch die Ausschüsse fast sämtlicher Gruben bereit, für die Kohlenversorgung der eigenen Kesselhäuser, Pumpen und Schwelereien einzustehen zu wollen. Eine Bergarbeiterversammlung in Teuchern am Montag, den 24., nachmittags, faßte jedoch den Beschluß, ohne Rücksicht auf die eintretenden Folgen, den Betrieb ganz ruhen zu lassen. In einer Versammlung in Hohenmölsen wurde vereinbart, die Schwelereien innerhalb 48 Stunden kalt zu legen, obwohl eine so schnelle Abfeuerung die größte Gefahr für den baulichen Zustand der Anlagen zur Folge haben muß. Wasserwerke und elektrische Zentralen werden mit Kohle nicht mehr versorgt; auf einer Grube bei Halle ist durch den Arbeiterausschuß ausdrücklich betont, daß jeder Absatz an das Wasserwerk Halle mit Gewalt verhindert werden würde. Beamte, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes Kohle förderten, sind daran gehindert worden; auf Grube Emilie bei Tackau ist die Lichtleitung zum Tagebau durchschnitten worden. Beamte sind auch auf anderen Gruben am Betreten der Werke gehindert worden. Die Folge dieses Terrors ist der am 24. Februar nachmittags erklärte Generalstreik der Beamten, die damit zum Ausdruck bringen wollen, daß sie die ungesetzlichen Maßnahmen der Arbeiter nicht billigen.

Zu ihrem Bedauern sind die Leitungen der Betriebe dadurch außerstande, die Geschäfte weiterzuführen.

Die lediglich aus politischen Gesichtspunkten betriebene Agitation einzelner ihrer Verantwortlichkeit in keiner Weise bewußten Personen hat also Mitteldeutschland in den wirtschaftlichen Abgrund getrieben. Bald werden Städte und Dörfer ohne Licht, ohne Wasser, ohne Kraft sein, Hunger und Elend werden in alle Kreise einziehen, der Haß unter den Bevölkerungsklassen wird aufs neue aufgepeitscht, unser Vaterland wirtschaftlich zugrunde gerichtet — und das alles ohne jeden vernünftigen Grund.

Es handelt sich um eine Machfrage, die alle auf dem Boden der gegenwärtigen Regierung, der Ruhe und Ordnung stehenden Kreise zu einem geschlossenen Auftreten gegen die Unvernunft und Gewissenlosigkeit zusammenschweißen muß. Die Bergwerksleitungen lehnen jedenfalls eine Verantwortung für die Ereignisse und Folgen ausdrücklich ab. Die Führer der Gewerkschaften stehen der Streikbewegung fern.

Hallescher Bergwerks-Verein.

gung der angeforderten Gesetzentwürfe über die Bildung der Betriebsräte (Betriebsräte), der regionalen Bezirksarbeiterräte und eines Reichsarbeiterrats vorzulegen ist. Nur Bildung der Betriebsräte sind die gewerkschaftlichen Berufsvereine der Arbeiter und Angestellten heranzuziehen.

Hierzu liegt ein Zusatzantrag Frau Kanes (U. Soz.) vor, die Betriebsräte (Betriebsräte) sind in den einzelnen Betrieben nach demokratischem Wahlrecht zu wählen.

Hr. Dr. Bielewicz (Dem.): Es müssen alle Reichsteile in dem Reichslohnrecht berücksichtigt werden, vor allem auch die lohnarmen ländlichen Staaten. Vor Einrichten in den technischen Förderungsarbeiten sollte man sich hüten. Im Kriege sind hier schwere Fehler gemacht worden. Hoffentlich wird der Kriegsbureaukratismus durch dieses Gesetz nicht in Permanenz erklärt. Die Betriebsräte bitte ich, nun das Ihre zu tun. (Beifall bei den Demokraten.)

Hr. Graf von Besoldow (Dsch. Nat.): Man hätte erwarten dürfen, daß ein so weitgehendes Gesetz nicht vorgelegt worden wäre, ohne daß eine eingehende Enquete vorausgegangen wäre. Tausende von selbständigen Erfindungen werden durch dieses Gesetz zu Ruinen des Staates herabgeführt. Die Selbstverwaltung der Arbeiter aber werden herabgedrückt zu Ausbeutungsstellen zwischen Verwaltung, Regierung und Verbrauchern. In die Stelle der selbständigen Initiativen des Unternehmers tritt das Regiment. Das eröffnet namentlich für die Förderung unserer Kohlenindustrie, auf die wir im Interesse unserer Volkswirtschaft angewiesen sind, die allergrößten Aussichten. Wenn man aus dem Gesetz ebenfalls etwas für das Reich herausziehen will, so hätte man das ebenfalls auf dem Wege der Steuerentlastung erreichen können. Daß man das nicht getan hat, beweist, daß politische Gründe für die Einbringung der Vorlage maßgebend gewesen sind. Was es aber bedeutet, einen so gewaltigen Einschnitt in die Hand einer politischen Parteiregierung zu legen, das brauche ich im einzelnen nicht auszuwählen. Im übrigen fürchte ich, daß angesichts der Lohnforderungen der Arbeiter der Mißbrauch bei dem Gesetz sehr fern kommen wird. Nach alledem werden Sie es verstehen, wenn wir gegen diese nachteiligen Pläne einer Regierung der unbestimmten Möglichkeiten die äußerste Vorsicht üben. (Beifall rechts.)

#### Nachmittags-Sitzung

Hr. Dente (U. Soz.): Das Gesetz ist eine Enttäuschung für die Massen. Der Reichsminister Kossel hat nun heute morgen eine Verteidigungsrede gehalten.

Präsident Hehrenbach: Das war außerhalb der Tagesordnung. Ich rufe Sie zur Ruhe.

Hr. Dente: Das Gesetz enthält nur erbärmliche Entwürfe von dem, was die Arbeiter gefordert haben. (Widerpruch bei den Soz.) Es gibt ihnen keine Stelle, wo sie leben können. (Beifall h. d. U. Soz. — Rufen h. d. Mehrheit.)

Hr. Ehrlich (Soz.): Die Unabhängigen haben durch ihre Anträge erreicht, daß sie den Nationalsozialismus der Unternehmern durch einen anderen Nationalsozialismus ersetzen wollen. Die Unabhängigen sind gegen das Gesetz, weil es die Arbeiter berührt. (Rufen h. d. U. Soz.: Freiheit! — Vizepräsident Haußmann ruft den Hr. Dr. Ehn zu Ordnung. — Widerpruch des Hr. Dr. Ehn. — Haben Sie denn nicht Freiheit gerufen? — Hr. Dr. Ehn: Ich habe ganz objektiv von Freiheit gesprochen. (Weiterheit.) — Vizepräsident Haußmann: Dann rufe ich Sie wegen dieser Objektivität zur Ordnung. (Wahre Weiterheit.) — Hr. Ehrlich (fortfahrend): Die Parteimitglieder wissen aber sehr wohl, was sie von den Anträgen des Herrn Dente zu erwarten haben. Die Herren von der Rechten haben nur alte Leberhälter als Argumente gegen das Gesetz vorgebracht. Es tut mir nur in der Seele weh, daß ich den Strafen Bolshows in der Gesellschaft sehe. Er hat heute auf neue Umkleen und sich nun mit dem Schachmacher Hugenberg in einer Krawalle. Die demokratische „Krawalle-Partei“ fordert feinerseits die Expropriation des Kohlenberaubers, das Gesetz geht nicht einmal so weit. Wir betonen dieses Gesetz als eine Stappe auf dem Wege zur Verfassung des Reiches. Die Arbeitsgemeinschaft ist viel zu spät gekommen. Hätten Sie zehn Jahre früher Verhandlung für den Wert der Gewerkschaften angeht, Herr Voelker. Sie hätten sich viel Spacialismus erspart! (Sehr wahr! links.) Sie sind

#### Die wahren Väter der Spartakisten.

(Wahrer Widerpruch rechts. — Sturmische Beifall links.) Die gelbes Werkzeuge, die Sie (nach rechts) großspinnend haben, stellen sich die wahren Spartakisten. (Wahre Zustimmung links.) Die Herrgötzen mit ihren Kohlenpreissteigerungen haben die vollendetste Maß von Schuld an der allgemeinen Preissteigerung und der Entwertung des Geldes. (Wahre Beifall links.) Die Sanbilatopoll hat uns viele hundert Millionen gelöst und die Bureaurenwirtschaft doch viel schlimmer als sie im Staatsbetrieb sein könnte. (Sehr wahr! links.) Dieses Privatmonopol darf nicht länger in der Hand von einigen Kapitalisten bleiben. Die Nationalversammlung verdient wirklich von Spartakisten ausgenommen zu werden, wenn sie nicht durch Annahme dieses Gesetzes dem Volke geben würde, was des Volkes ist. Die Bergarbeiter wollen Taten sehen. Dieses Gesetz ist eine Tat. (Wahre Beifall links. — Rufen rechts, verstärkter Beifall links.)

Hr. Weich (Dsch. Nat.): Das Gesetz ist für uns unannehmbar. Wir hatten im Frieden einen Kohlenexport von 30 Millionen Tonnen im Jahr, mit dem wir die eingeführten Kohlenstoffe bezahlen konnten. Wir müßten den Export wieder heraufstellen. Dazu brauchen wir den freien Handel, der schneller Entschlüsse fassen kann. Wenn der Minister Weich zugibt, daß der Kleinhandel fast ruiniert ist, so meint er also, daß nur einige Reste des Kleinhandels übrig bleiben werden. Dann müßten die Gemeinden amtliche Verkaufsstellen einrichten und Hunderttausende selbständige Erfindungen des Kleinhandels würden ruiniert. Eine große Verwertung wird eintreten. In einem Gesetz gegen die Auswüchse des Kohlenhandels würden wir gerne mitarbeiten. (Beifall rechts.)

Reichsminister Dente: Wir denken nicht daran, den Kleinhandel für Ruine zu befürchten. Bei der Zusammensetzung des Reichstags werden selbstverständlich die süddeutschen Interessen ganz besonders berücksichtigt. Die Festsetzung der Preise wird nicht durch die Regierung selbst erfolgen, sondern unter Regelung der Preise im Sinne des Gesetzes ist gemeint, daß die Regierung Grundzüge über die Art der Preisregulierung durch die Syndikate usw. aufstellt.

Hr. Ambush (S.): Das Gesetz entspricht in der Kommissionsfassung unseren Anschauungen.

Hr. Koenen (U. Soz.): Unsere Anträge über die Einführung der Arbeiterräte in das Gesetz sind keine Phantasien. Das Nationalsozialismus ist erst gestern im mitteldeutschen Braunkohlenrevier durch Vereinbarung der Regierung mit den Unternehmern aufgerichtet worden. Diese Regelung hat so sehr den Beifall der Gewerkschaftsführer gefunden, daß sie dasselbe System auch im Ruhrrevier und in Oberschlesien einführen wollen. (Hört, hört! h. d. U. Soz.) Weil das Gesetz kein sozialistisches ist, werden wir es ablehnen.

Reichsminister Dente: Wenn die Unabhängigen zugeben würden, daß dieses Gesetz einen ersten großen Schritt auf dem Wege der Sozialisierung darstellt, so würden sie ein großes Agitationsargument aus der Hand geben. Das wollen sie nicht, darum lehnen sie das Gesetz ab und heben in alter Weise weiter. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Der Hr. Koenen stellt es so dar, als ob die Anerkennung der Betriebsräte nur ein Erfolg des Generalstreiks in Mitteldeutschland sei. Er als der Hauptführer dieses Streiks fühlt sich nicht mehr recht sicher und ist nun ängstlich bemüht, Erfolge dieses Streiks zu konstruieren, die in Wirklichkeit gar nicht bestanden, denn alles, was vereinbart worden ist, war schon vorher in den Verhandlungen von der Regierung zugesagt worden. Der Hauptzweck des Streiks waren nicht die Betriebsräte, sondern der Kampf gegen die Regierung. (Beifall bei der Mehrheit.)

Hr. Wolfbaum (Dsch. Nat.): In der Erwartung, daß der Ausschuss einen Teil der befürchteten Bedenken beseitigen wird, stimmt ein Teil meiner Freunde der Vorlage zu.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Dente und Koenen (U. Soz.) werden die §§ 1 und 2 unverändert angenommen, ebenso § 3, der die Zusammensetzung des Sachverständigenrates von 30 Mitgliedern bestimmt, sowie die übrigen Teile des Gesetzes. Nur zu § 4a, monach der Nationalsozialismus über die Ausführung des Gesetzes Bericht zu erstatten ist, wird eine redaktionelle Abänderung beschlossen.

Die Entschließung des Ausschusses wird angenommen. In sofortiger dritter Lesung wird das Gesetz über die Kohlenwirtschaft gegen die Stimmen der Unabhängigen und des größten Teils der Rechten angenommen.

Das Sozialisierungsgesetz wird in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Eingegangen ist eine Interpellation des Zentrums über Schutzmaßnahmen für den durch den Krieg in Not geratenen Mittelstand und für das Kleinergewerbe.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Ministerpräsident Scheidemann: Presse- und Nachrichten zufolge wird von französischer Seite in den besetzten Gebieten eine überaus rege Propaganda betrieben, die auf eine Loslösung Rheinlands von Deutschland abzielt. (Hört, hört!) Wir wissen, daß diese Werbemittel an der Treue der Bevölkerung zum Reich scheitern wird. (Sehr wahr!) Trotzdem sind die Gefahren, die unserem Lande aus diesen Bestrebungen erwachsen, nicht zu verkennen. (Sehr richtig!) Nach dem heutigen Stande der Dinge sind wir der Ansicht, daß jede staatliche Umgestaltung vor Abschluß gelassen ist, die nationale Einheit unseres Vaterlandes zu bedrohen. (Allseitige Zustimmung.) Angesichts der gesamten Sachlage habe ich im Namen der Reichsregierung zu erklären: Die Reichsregierung steht in jedem Versuch der Loslösung links- und rechtsrheinischer Landesteile durch keinen Vorwand zu beschönigenden Vorkäufen gegen das allgemeine anerkannter Nationalitätsprinzip und eine unerhörte Vergewaltigung des einheitlich führenden deutschen Volkes. (Wahrer Beifall.) Die Regierung weiß sich darin völlig einig mit der heiligen Liebe zur gesamten links- und rechtsrheinischen Bevölkerung, die nichts gemein haben will mit den eismüßigen Bestrebungen einzelner interessierter Personen. (Allseitige Zustimmung.) Die rheinische Bevölkerung ist deutsch und wird deutsch bleiben. (Stürmischer Beifall.) Die Regelung des Verhältnisses der rheinischen Lande zum Reich ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit. (Sehr richtig!) Diese Angelegenheit kann nur im Rahmen der Reichseinheit gelöst werden. Die Reichsregierung und die Nationalsozialistische Partei haben die ernste Bedingung, eine einseitige Lösung kann erst nach freier Entscheidung und nur auf beidseitigem Willen erfolgen. (Wahrer allseitiger Beifall.)

Es ist eine Entschließung der Abg. Dente, Groeber, Payer, Graf von Besoldow, Dr. Dente und Dente eingegangen: „Die Nationalversammlung stimmt der Erklärung der Reichsregierung zu und ersucht die Reichsregierung, diese Erklärung allgemein bekannt zu machen.“

Diese Entschließung wird einstimmig angenommen. (Wahrer allseitiger Beifall.)

Präsident Hehrenbach: Wir sind damit am Ende unserer Arbeit angelangt. In der Pause werden die Kommissionen feilig und hoffentlich auch mit Erfolg für unser geliebtes Vaterland arbeiten. Wenn draußen hier und da Stimmen laut geworden sind, die Nationalversammlung rede zu viel, so kann einem ja manchmal dieses Gefühl ankommen. (Weiterheit.) Aber wir haben in den letzten Wochen doch der Redefreiheit Regel angelegt, und wenn das in Zukunft noch mehr geschieht, so wäre das freudig zu begrüßen. (Zustimmung.) Aber schließlich ist es ja unsere Pflicht, zu beraten, also zu reden, und unsere Taten sind die Worte und die Beschlüsse, die wir fassen.

Nachdem die Mitglieder eine gute Heimkehr und ein gesundes Wiedersehen. (Beifall.)

Nächste Sitzung: Dienstag, den 15. März, 3 Uhr. — Im Bedarfsfalle wird eine frühere Einberufung erfolgen.

#### Die Eröffnung des Preussensparlaments.

In einfacher und würdiger Form hat sich gestern die Eröffnung des ersten freien Preussensparlaments seit 1848 vollzogen. Im alten Saal des preussischen Abgeordnetenhauses fand man sich 2 Uhr nachmittags zusammen, doch es war eine ganz neue Versammlung, die hier zusammentrat. Der schmale Saal der Sozialdemokraten an der äußeren Pforte hat sich weit, fast bis in die Mitte des Saales ausgeweitet, dann folgen die Demokraten, das Zentrum und die Rechten in alter Reihenfolge, nur in verkleinertem Format. Auch dem, der die Parkeibhältnisse kennt, mühte die Anwesenheit zahlreicher Frauen auf den Parlamentarier zeigen, daß auch für das alte Preußen eine neue Zeit angebrochen ist.

Die Tribünen sind nur mäßig gefüllt, die Abfertigung wird mit einer Strenge gehandhabt, wie sie wohl noch niemals erlebt worden ist. Kein Stroh, er heiße wie er wolle und wenn er sei dem Hauspersonal noch so sehr bekannt, dringt in den Saal, wenn er nicht den dorfleischmöglichen Ausweis besitzt. Zahlreiche bekannte Parlamentarier und Pressevertreter müssen unbedrückter Dinge wieder abgehen. Aber sicher ist sicher — und die preussische Nationalversammlung wird so wenigstens vor dem Schicksal der bayerischen geschützt.

Die Rede des Ministerpräsidenten Hirsch — Rückblick auf die Vergangenheit, Ausblick auf die Zukunft — wird von dem vollbesetzten Hause mit achtungsvollem Schweigen angehört, nur rechts und links regt sich hier und da Widerspruch und zum Schluß raucht Beifall. Nur einmal stammt heftige Erregung auf. Die Hirsch davon spricht, daß die unangesehene Streiks die Volkswirtschaft in verhängnisvoller Weise erschüttern, will ein parlamentarischer Grümling bei den Unabhängigen geistreich sein und ruft: „Viel zu wenig!“ Ein Dogelshauer von Entrüstungsrufen deckt den gewissenlosen Zwischenrufer zu.

Der weisshäutige Ministerpräsident Herold vom Zentrum übernimmt den Vorsitz. Bei der Festsetzung der nächsten Sitzung, in der das Präsidium gewählt und die vorläufige Verfassung beraten werden soll, erhebt sich Adolf Hoffmann und verlangt, daß auf die Tagesordnung der Sitzung auch ein unabhängiger Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin gesetzt werde. Während Hoffmann die Vorgänge in Berlin in seiner Weise beleuchtet, bedankten sich die Redner der anderen Parteien auf die geschäftsordnungsmäßige Erklärung, daß sie die Besprechung dieses Gegenstandes nicht scheuen. Der unabhängige Antrag wird also mit auf die Tagesordnung gesetzt.

Inzwischen läßt die Rede Herolds in Weimar schon ahnen, daß die Unabhängigen bei dieser Debatte keine Seide spinnen werden.

#### Scheidemann und das Standrecht.

Die V. P. A. schreiben: Es ist mehrfach behauptet worden, der Reichsministerpräsident habe seine Zustimmung zur Verhängung des Standrechts über Berlin erst unter dem Druck eines Ultimatum gegeben. Diese Nachricht ist schon darum unzutreffend, weil Scheidemann in dieser rein militärischen und nur von den preussischen Landesbehörden zu entscheidenden Angelegenheit nicht zu befragen war und auch nicht befragt worden ist.

Die sozialdemokratische Preussenspartei wählte zu Vorsitzenden: Groeß-Frankfurt und Eierting-Berlin, zum Sekretär Keller-Berlin. Weiter gehören dem Vorstand an die Abg. Bartels-Berlin (Parteilosstand), Schölich-Breslau, Börgiebel-Röten und Frau Köhler-Berlin.

#### Aus dem Zentralrat.

Der Zentralrat hat sich in verschiedenen Sitzungen mit der politischen Lage beschäftigt und den Beschluß gefaßt, der Reichsregierung in einer Besprechung das ihm ständig zugehende zahlreich Material vorzutragen, das deutlich die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände darstellt. Das Einbringen von Regierungstruppen in die Vollversammlung der Berliner U. und S.-Räte am 12. März fand im Zentralrat entschiedene Verurteilung, und es wurde bedauert, daß das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei diese Mitteilung ohne ein einziges Wort des Kommentars gebracht hat.

#### Zusammentritt des bayerischen Landtags.

Am 17. März.

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, tritt der bayerische Landtag endgültig am Montag, den 17. März, zusammen.

#### Krawalle in Oberschlesien.

Leuthen, 12. März. (Tel. Nat.) Zu Krawallen aus Anlaß der verweigerten Viechablieferung kam es in Klein-Sianitz; als der Oberaufseher in Begleitung eines verstärkten Militärkommandos in den Ort kam, wurde die Feuerlöse geläutet, die Einwohner zettelten sich zusammen, die Viechälle wurden abgeschlossen, um mit Gewalt die Viechablieferung zu verhindern. In ähnlichen Ausschreitungen kam es in mehreren anderen Orten, so auch in der Gegend von Oppeln, wo durch Militärkommandos über 30 Mann gewaltsame Viechrequisitionen vorgenommen wurden, um die Städte mit Viech versorgen zu können.

#### Folgen des Februarputsches in Mannheim.

Frankreich fordert die Auflösung der Arbeiterräte.

Die Landeszentrale der Arbeiter, Bauern und Volkswarte Baden meldet, daß infolge des Putschversuchs vom 22. Februar der französische Abschnittskommandant die Einholung der auf dem Schlosse aufgezogenen roten Fahne, restlose Waffeneingiehung und Wiedereinbringung der befreiten Gefangenen und gemäß den Waffenstillstandsbedingungen die Verfassung der Arbeiterräte in der neutralen Zone verlangt hat, die von der badischen vorläufigen Volksregierung nun in die Wege geleitet werden muß.

#### Die Lebensmittellieferungen für Deutschland

4 1/2 Kilo Getreide, 1 Kilo Fett pro Kopf!

Quag, 12. März. (D. N.) Aus London wird gemeldet: Der Pariser Korrespondent der „Times“ meldet, daß bei der Begegnung der Waffenstillstandskommission heute die assoziierten Regierungen neuerlich ihre Absicht zu erkennen geben werden, Deutschland Nahrungsmittel zu senden, und daß die Quantitäten, die sie zu liefern beabsichtigen, aus 300000 Tonnen Getreide und 70000 Tonnen Fett bestehen werde. Die Lieferungen sollen bis zum 1. September erfolgen. Die Bezahlung dieser Vorräte soll durch Schiffraum, Kredite in neutralen Ländern, Verkauf von ausländischen Werten und des Eigentums im Ausland sowie durch Gold erfolgen. Die deutsche Kauffahrtsflotte soll den Affigierern ohne irgendwelche Beschränkung übergeben werden.

Berlin, 12. März. Die drei Kommissionen für Lebensmittel, Schiffahrt und Finanzangelegenheiten sind am 12. März, abends 3 Uhr, in Brüssel eingetroffen. Die Mitglieder der Kommissionen wurden am Bahnhof von etwa zehn belgischen Militärautomobilen abgeholt, mit belgischen Chauffeuren, aber ohne militärische Begleitung. Die Ankunft im Bahnhof erfolgte in Gegenwart eines zahlreichen Publikums unter lautmächtigem Beifall. Ein Hoffensfall ist nicht eingetreten. Sämtliche Mitglieder der Kommissionen sind im Hotel Astoria sehr gut untergebracht. Freiheit des Telegraphierens, offen und direkt, des Telephonierens und der persönlichen Bewegung ist gesichert. In der Nacht noch fand von 11 bis 1 Uhr eine interne eingehende Besprechung zwischen sämtlichen Kommissionsmitgliedern statt, unter Vorsitz von Unterstaatssekretär von Braun.

#### Die Arbeits- und Nahrungsmittelnot Deutschlands.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Der Vertreter der deutschen Regierung übergab in der Waffenstillstandskommission eine Note an die Alliierten, worin die innere Lage Deutschlands geschildert wird. Der Schlag der Note lautet: „Das Ansehen der Regierung hat durch die entschlossene und verständnisvolle Haltung zwar sehr gewonnen, aber alle erlangten Erfolge müssen trotzdem Scheinerfolge bleiben, wenn nicht in aller nächster Zeit die Arbeiterschaft eine wenn auch nur leichte Besserung der Ernährungsverhältnisse geboten werden kann. Gerade bei der großen Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen unbeschränkten freien Zeit ist die Nahrungsmittelnot eine Katastrophe. Nur Arbeitsbeschaffung, also Rohstoffe und ausreichende Erzeugung, können der arbeitenden Bevölkerung endgültige Rettung bringen.“

#### Vor ersten italienisch-kroatischen Konflikten

Landung der Italiener. — Abreise der Amerikaner und Engländer.

Wien, 13. März. (Korr. Bureau.) In Spalato landeten italienische Truppen. Auf Vorstellungen der kroatischen Bürgerchaft verstärkte der englische Admiral, der das Ostseekommando führt, die Italiener hätten dasselbe Recht, wie die anderen siegreichen Entente-Mächte. Die englischen Truppen und Schiffe sind abgezogen und ein italienischer General übernahm das Kommando über die Stadt und den Hafen.

Die amerikanischen Besatzungsbataillone verließen die Stadt Trieme. Der spanische Konsul, der zugleich die amerikanischen Interessen vertritt, forderte die Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten auf, sich zur Abreise bereit zu halten. Amerika will im bevorstehenden italienisch-südslawischen Konflikt vollständig neutral bleiben.

Die „Freiheit“ war sehr entrüstet darüber, daß auch der „Vorwärts“ wie die ganze übrige Presse auf die übertriebene Nachricht von der Wüstenerger Massenerschießung hereinfiel. Sie ist jetzt noch mehr darüber entrüstet, daß der „Vorwärts“ Beschwörungen über das Vorgehen der Regierungstruppen nicht ungeprüft veröffentlicht, sondern sie den zuständigen Stellen zur Unterlegung überweist. Der „Vorwärts“ konnte es der „Freiheit“ nur recht machen, wenn er über alle Spärchen-Taten den Mantel christlicher Menschlichkeit breitet, die Regierungstruppen aber, die im Kampfe gegen Wüstenerger sich die Knochen zerbrechen lassen, schonungslos angriffe. Weil wir das nicht tun, findet und die „Freiheit“ offizios. Wie offizios die „Freiheit“ sein kann, wenn ihre Parteigenossen in der Regierung sitzen, darüber unterhalten wir uns vielleicht ein andermal.

Die „Freiheit“ war sehr entrüstet darüber, daß auch der „Vorwärts“ wie die ganze übrige Presse auf die übertriebene Nachricht von der Wüstenerger Massenerschießung hereinfiel. Sie ist jetzt noch mehr darüber entrüstet, daß der „Vorwärts“ Beschwörungen über das Vorgehen der Regierungstruppen nicht ungeprüft veröffentlicht, sondern sie den zuständigen Stellen zur Unterlegung überweist. Der „Vorwärts“ konnte es der „Freiheit“ nur recht machen, wenn er über alle Spärchen-Taten den Mantel christlicher Menschlichkeit breitet, die Regierungstruppen aber, die im Kampfe gegen Wüstenerger sich die Knochen zerbrechen lassen, schonungslos angriffe. Weil wir das nicht tun, findet und die „Freiheit“ offizios. Wie offizios die „Freiheit“ sein kann, wenn ihre Parteigenossen in der Regierung sitzen, darüber unterhalten wir uns vielleicht ein andermal.

Die „Freiheit“ war sehr entrüstet darüber, daß auch der „Vorwärts“ wie die ganze übrige Presse auf die übertriebene Nachricht von der Wüstenerger Massenerschießung hereinfiel. Sie ist jetzt noch mehr darüber entrüstet, daß der „Vorwärts“ Beschwörungen über das Vorgehen der Regierungstruppen nicht ungeprüft veröffentlicht, sondern sie den zuständigen Stellen zur Unterlegung überweist. Der „Vorwärts“ konnte es der „Freiheit“ nur recht machen, wenn er über alle Spärchen-Taten den Mantel christlicher Menschlichkeit breitet, die Regierungstruppen aber, die im Kampfe gegen Wüstenerger sich die Knochen zerbrechen lassen, schonungslos angriffe. Weil wir das nicht tun, findet und die „Freiheit“ offizios. Wie offizios die „Freiheit“ sein kann, wenn ihre Parteigenossen in der Regierung sitzen, darüber unterhalten wir uns vielleicht ein andermal.

Die „Freiheit“ war sehr entrüstet darüber, daß auch der „Vorwärts“ wie die ganze übrige Presse auf die übertriebene Nachricht von der Wüstenerger Massenerschießung hereinfiel. Sie ist jetzt noch mehr darüber entrüstet, daß der „Vorwärts“ Beschwörungen über das Vorgehen der Regierungstruppen nicht ungeprüft veröffentlicht, sondern sie den zuständigen Stellen zur Unterlegung überweist. Der „Vorwärts“ konnte es der „Freiheit“ nur recht machen, wenn er über alle Spärchen-Taten den Mantel christlicher Menschlichkeit breitet, die Regierungstruppen aber, die im Kampfe gegen Wüstenerger sich die Knochen zerbrechen lassen, schonungslos angriffe. Weil wir das nicht tun, findet und die „Freiheit“ offizios. Wie offizios die „Freiheit“ sein kann, wenn ihre Parteigenossen in der Regierung sitzen, darüber unterhalten wir uns vielleicht ein andermal.

